Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 16. Februar 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 39

Das Gesicht dem Dorfe zu!

Die kommunistische Partei und das werktätige Landvolk

Milliarden für die Fürsten – Elend in Stadt und Land – Wo ist der Ausweg?

Angesichts der wachsenden Notlage der arbeitenden ländlichen Bevölkerung ist das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mit der kommunistischen Reichstagsfraktion und Vertretern der Landtagsfraktionen zusammengetreten, um Mittel und Wege zu finden, den Landarbeitermassen und der arbeitenden Landschaft Hilfe zu bringen und ihren Kampf um das tägliche Brot mit dem Kampfe der Arbeiter- und Erwerbslosenmassen in der Industrie zu verbinden.

Die Kommunistische Partei erklärt:

Die wachsende Not betrifft das werktätige deutsche Volk.

Von den Städten stehen Millionen Erwerbsloser mit ihren Frauen hungernd auf der Straße.

Die Landarbeiter sind der Willkür des Gutsbesitzers ausgeliefert, der ihre einfachsten Ansprüche auf menschenwürdige Behandlung, ausreichenden Lohn, gesunde Wohnungen, volles Vereinigungs- und Versammlungsrecht mit Füßen tritt.

Auch der arbeitende Bauer steht am Rande des Ruins. Steuern, Wucherzinsen, hohe Pachtgelder, Abgaben aller Art, unerschwingliche Preise für Industrieprodukte, Ernteertragnisse rauben ihm Hab und Gut. Der Gerichtsvollzieher ist sein ständiger Gast, Notverkäufe sind an der Tagesordnung. Mit Groll und Erbitterung sieht sich der Bauer um den Lohn jahrelangen Fleißes betrogen. Der Gutsbesitzer aber hält es mit den Kapitalisten. Er wucheret den kleinen Bauern.

Den Amtsstuben und Parlamenten hat man kein Ohr für die Klagen des schaffenden Volkes.

Die Regierungen und bürgerlichen Parteien sind ja nur allzu in der Hand der Großbanken, der Großindustrie und des großen Grundbesitzes. Für diese Millionen, für das Volk haben sie kein Brot.

Das ist genug damit! Den abgedankten Fürsten und Standesherren, ihren Verwandten, Nachkommen und Freunden will man jetzt Milliardenwerte in den Schoß schütten, während draußen die Millionen der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen, der betrogenen Sparer, der Rentner und Unfallrentner umsonst auf Aufwertung warten.

Und 500 000 Hektar Land- und Forstbesitz sollen den abgedankten Fürsten ausgeliefert werden,

während Hunderttausende arbeitender Bauern und Pächter kein Land haben, um ihre Familien zu ernähren. Tausenden landarmer Bauern könnte man mit diesem Land und Boden zu einer eigenen Wirtschaft, zehntausenden Arbeitern zu einem freien Dasein verhelfen.

Nur die Kommunistische Partei setzt sich rücksichtslos ein für Arbeit und Brot fordernden Massen.

Die KPD. ist der unermüdliche Anwalt aller Enterbten und Unterdrückten.

Es gelang es immer den Reichen und Mächtigen, das Volk gegen die Arbeiterschaft der Städte zu hetzen und Arbeitermassen gegen das Landvolk. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist eine Quelle der Kraft und des Uebermuts der Besitzenden. Die Kommunistische Partei sieht eine ihrer Hauptaufgaben darin, das arbeitende Landvolk und die industrielle Arbeiterschaft zu vereinigen. Der gemeinsame Kampf der Schaffenden in Stadt und Land wird allein imstande sein der schamlosen Ausbeutung und dem Wucher der Großgrundbesitzer, Großbanken und Großgrundbesitzer ein Ende zu machen.

Darum wendet sich die Kommunistische Partei in dieser Frage ganz besonders an die Massen des arbeitenden Landvolkes. Ihr, Kleinbauern und Landarbeiter, wohnt zerstreut in Dörfern und Gutsbezirken, Ihr seid am meisten der Willkür der Großen und Mächtigen ausgeliefert. Laßt Euch nicht länger durch die Lügen der bürgerlichen Presse der Landbündler, der Agenten des Großkapitals betrügen und irreführen. Die Kommunistische Partei kämpft nie gegen Angehörige des arbeitenden Volkes, sie ist die Todfeindin einzig jener Herrenklasse, die das Arbeitervolk aussaugt und entrechtet. Dem kleinen Bauern sichert die Kommunistische Partei nicht allein den Besitz seiner Scholle, sondern hilft ihm, seine Wirtschaft zu verbessern und auszubauen. Sie hat das deutlich genug bewiesen an Sowjet-Rußland, wo Arbeiter und Bauern gemeinsam die Macht haben.

Für die werktätige Bauernschaft fordert die Kommunistische Partei als erste und dringendste Nothilfe:

1. Haus und Feld der werktätigen Bauernfamilie bleiben steuerfrei. Vom Arbeitsertrag der mitarbeitenden Familienmitglieder muß der steuerfreie Einkommensteil des Lohnempfängers abgesetzt werden. Zu den Steuerausschüssen sind zentral und örtlich die Vertreter der werktätigen Landbevölkerung zuzuziehen.

2. Zur Abdeckung der hochverzinslichen Personalschuld, zur Erhaltung und Verbesserung der Bauernwirtschaft gibt der Staat ausreichenden, billigen und langfristigen Realkredit.

3. Der Großgrundbesitz wird gezwungen, so viel Boden zur Verfügung zu stellen, als an Pacht- und Siedlungsland Bedarf vorhanden ist. Pacht- und Kaufschillinge werden von den Vertretern des werktätigen Landvolkes festgesetzt und müssen dem Pächter oder Siedler die erfolgreiche Bewirtschaftung seiner Stelle ermöglichen. Dem werktätigen Pächter darf nicht willkürlich gekündigt werden.

4. Der Staat garantiert der arbeitenden Bauernschaft die rechtzeitige Belieferung mit Düngemitteln, Saatgut, Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen zu herabgesetzten Preisen. Die Vermittlung geschieht durch die Genossenschaft.

5. Zur Ausschaltung des wucherischen Zwischenhandels schließen Gemeinden und Konsumvereine Lieferungsverträge unmittelbar mit den bäuerlichen Einkaufs- und Absatzgenossenschaften. Der Staat stellt die nötigen Kredite zur Verfügung.

Für die Landarbeiter fordert die Kommunistische Partei:

1. Gesetzlichen Mindestlohn für Männer und Frauen, Aufhebung des Hofgängerwesens, Verbot der Frauen- und Kinderzwangsarbeit.

2. Volles Vereinigungs- und Versammlungsrecht und strenge Bestrafung jedes Verzuchs, diese Rechte zu beschneiden.

3. Unbedingte Durchführung des Achtstundentages auf allen Gutsbetrieben. Ueberstunden nur mit Genehmigung des Gutsrates. Durchschnittlicher Achtstundentag in den Bauernwirtschaften mit mehr als drei ständigen Lohnarbeitern.

4. Gleichstellung der Land- und Industriearbeiter in allen Fragen des Arbeiterrechts und der Sozialversicherung.

5. Beseitigung der Gutsbezirke in Preußen und anderen Ländern.

6. Uebereignung der Gutswohnungen an Staat und Gemeinden. Bau neuer Landarbeiterwohnungen durch Kreise und Gemeinden mit Staatshilfe.

Landarbeiter! Kleinbauern!

Jede einzige dieser Forderungen ist heute schon durchführbar. Die Kommunistische Partei wird sich mit aller Kraft für sie einsetzen. Aber die Großgrundbesitzer, die Bankiers, die Fabrikanten, die Großhändler werden sich verbünden, um Eure gerechten Forderungen abzulehnen, um Euch noch tiefer ins Elend zu stoßen. Dem Bunde der Ausbeuter und Wucherer müssen wir das

Bündnis der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern

gegenüberstellen. Die Arbeiterschaft muß den Kampf der werktätigen Bauern, die Bauern müssen den Kampf der Arbeitermassen unterstützen. Nur dann wird es gelingen, die schlimmste Not von der Tür des werktätigen Volkes zu wenden.

Um die engste Verbindung mit dem schaffenden Landvolk herzustellen, hat die Kommunistische Partei sowohl im Reichstag wie auch in den Landtagen

eigene Landsekretariate errichtet,

um Eure Klagen, Beschwerden, Forderungen und Vorschläge entgegenzunehmen und gewissenhaft zu bearbeiten. Wendet Euch vertrauensvoll an diese Stellen der proletarischen Landhilfe.

Schart Euch um die Kommunistische Partei! Zeigt Euren Feinden: wer nicht hören will, muß fühlen. Vereinigt Euch in Euren selbständigen Kleinbauernverbänden und im Deutschen Landarbeiter-Verband! Stellt die Verbindung her mit den Gewerkschaften und Genossenschaften des Industrieproletariats!

Eure Feinde fürchten nichts mehr als das Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern. Mit List und Gewalt versuchen die heutigen bürgerlichen Regierungen, sich an der Macht zu halten. Nur die Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern wird die Herrschaft der Großbanken, Junker und Industriellen brechen. Die Regierung der Arbeiter und Bauern wird

das Land der Fürsten und Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignen und den Landarbeitern und Bauern zuweisen.

Sie wird die Lasten vom Halse des kleinen Mannes nehmen und den leistungsfähigen Schultern auferlegen. Sie wird die Bergwerke, Düngemittelwerke und Großbanken verstaatlichen, um so Euch billige Betriebsmittel und Kredite zuzuführen. Sie wird ein festes Bündnis mit der großen Arbeiter- und Bauernmacht, mit Sowjet-Rußland, schließen, und damit der deutschen Gesamtwirtschaft wieder aufhelfen. Die Welt starrt heute in Waffen. Schon rüsten die imperialistischen Räuber zu neuem Blutvergießen. Die Arbeiter- und Bauernmacht wird allein imstande sein, eine wirkliche Politik des Friedens und wahrer Völkerverständigung zu führen.

Dann wird der freie Bauer auf freier Scholle sitzen! Dann wird der Landarbeiter nicht mehr Sklave, sondern freier Mitarbeiter mit seinen Kollegen!

Dann wird es Brot und Arbeit geben für alle!

Darum vorwärts unter der Fahne der Kommunistischen Partei!

Vorwärts zum Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern!

Keinen Pfennig den fürstlichen Schmarotzern und ihren Helfershelfern!

Her mit der Regierung der Arbeiter und Bauern!

Zentralkomitee der KPD. | **Reichstagsfraktion der KPD.**

Die kommunistischen Fraktionen der Landesparlamente

Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Hessen und Anhalt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0001

Die Lage der werktätigen Landbevölkerung und die Kommunisten

Die Kommunistische Partei unternimmt einen **wichtigen Schritt.** Die Beratungen des ZK. mit Vertretern **der kommunistischen** Fraktionen des Reichstages und der **Landesparlamente am 11. Februar dienten dem Zweck, die theoretische Erkenntnis, daß die Gewinnung des Landproletariats und das Bündnis** mit den armen **Bauern eine wichtige Vorbedingung der siegreichen** proletarischen **Revolution ist, energischer in die Praxis umzusetzen.**

Die **Partei hat** im Herbst **vorigen Jahres** die **entschiedene** Wendung zu den **Massen unternommen. Die Umstellung** auf Betriebszellen, die **intensive Gewerkschaftsarbeit, der** neue Ton gegenüber den sozialdemokratischen **Arbeitern** galt der Gewinnung der ausschlaggebenden **Schichten des industriellen** Proletariats. Aber draußen vor den Toren der **Industriestädte wohnen** und leiden ebenfalls Millionen Werktätige. **Landarbeiter und Kleinbauern bilden die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung.** Sie sind genau wie der Industriearbeiter, der Angestellte, der kleine Beamte, ja, noch in höherem Maße, das **Opfer kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Bedrückung.**

Von allen **proletarischen Schichten** sind die **Landarbeiter am meisten der Willkür und Ausbeutung des Unternehmers preisgegeben.** Die gegenwärtige Kreditnot und teilweise Absatzkrise in der Landwirtschaft **wird von den Agrarkapitalisten** dazu benutzt, um erst recht die Löhne und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter zu **drücken, Tausende zu entlassen,** das **Antreibesystem** und die Zwangsarbeit der Frauen und Kinder zu verschärfen, den Deutschen Landarbeiterverband **als Tarifkontrahenten auszuschalten. Und** schon schreien die Junker nach Wiedereinführung von Ausnahmegesetzen gegen die Landarbeiterschaft, angeblich zur Verhinderung der „Landflucht", in Wirklichkeit aber, um die kümmerlichen Rechte der Arbeiterschaft **noch weiter zu drosseln.** Jede **Arbeitsverweigerung** soll als „Kontraktbruch" **bestraft** und jeder Streik mit einer Klage auf „Schadenersatz" beantwortet werden. Der Unternehmer soll das Recht haben, einen großen Teil des spärlichen Barlohnes einzubehalten, um so vor allem die jugendlichen Arbeiter, die „Freiarbeiter" und die Wanderarbeiter an die Stelle zu fesseln, wie das mit dem Deputatarbeiter schon der Fall ist. Zu allem Elend kommt noch der erbärmliche Zustand der meisten Gutswohnungen, der Zwang der „Hofgänger" zu stellen, die Gefahr, jeden Augenblick nicht nur die **Arbeitsstelle, sondern auch das Dach** über dem Kopfe, die Stallung für das einzige Schwein zu verlieren.

Den kleinen Bauern, Häuslern und Gütlern geht es nicht besser als den Landarbeitern. Sie sind nur zum Scheine noch Besitzer einer „eigenen Scholle". Da diese meist zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht, sind sie entweder auf Pachtland oder auf Nebenerwerb aus der Lohnarbeit angewiesen. Sie werden **doppelt** ausgebeutet durch den **Großgrundbesitzer,** der Wucherpachten eintreibt, und durch das **Finanzkapital,** das Wucherzinsen für Leihgeld fordert. Mit beiden im Bunde steht der bürgerliche Staat, der den Großagrariern und Großindustriellen Liebesgaben in den Schoß wirft, aber Arbeiter und Bauern mit Steuern erdrückt. Pfändungen und Zwangsvollstreckungen sind infolgedessen zu einer Tageserscheinung im Dorfe geworden. Und der Kleinbauer ist meist hilflos gegen die Schikanen der Behörden, die Gaunereien des Händlers, die Brutalität des großen Landbesitzers.

Die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern steht **heute nicht** im Lager des **revolutionären Proletariats,** ja **nicht** einmal im allgemeinen auf seiten der Arbeiterklasse. Schuld daran tragen neben der **Demagogie des Landbundes** und der **vom Zentrum** geführten **christlichen Bauernvereine in erster Linie** die Sozialdemokratie und die **reformistischen Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes.** Diese haben **durch ihre Koalition** mit der Bourgeoisie und die **Arbeitsgemeinschaftspraxis mit den Unternehmern** es in kurzer Zeit fertig gebracht, daß die Landarbeitermassen fluchtartig den DLV. verließen, daß die Kleinbauern in die offenen Arme des **Landbundes** und der Christlichen strömten. Heute bilden diese Massen politisch die Reserven der äußersten Gegenrevolution: Völkische, Deutschnationale und Zentrum haben ihr Hauptrekrutierungsfeld auf dem Dorfe und in den kleinen Landstädten; die Regierungsfrage in Thüringen, Bayern, Württemberg, Baden ist wesentlich eine Bauernfrage.

Wir Kommunisten haben bisher zu wenig erkannt, daß die Landarbeiter- und Kleinbauernmassen nur im Bündnis mit dem revolutionären Proletariat ihre eigenen Interessen wahrnehmen können und aufhören werden, Lohndrücker im Betrieb oder politisch verhetzte Werkzeuge der Arbeiterfeinde zu sein. Wir haben zu wenig erkannt, welche starke positive Rolle eine revolutionär gestimmte, gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterschaft im Kampfe des Gesamtproletariats spielen kann, wie notwendig es ist, die Kleinbauernmassen als Sympathisierende zu gewinnen, den Mittelbauern wenigstens zu neutralisieren. **Die Verwirklichung der Losung Lenins: „Bündnis der Arbeiter und Bauern" ist auch im hochindustrialisierten Deutschland für den Sieg der proletarischen Revolution bitter notwendig.**

Die augenblickliche Situation ist außerordentlich günstig, um den begangenen Unterlassungsfehler auszugleichen. Unter der Peitsche der Junker beginnen die Landarbeiter langsam zu rebellieren, verlassen die gelben Verbände und verlangen Kampfmaßnahmen zur Sicherung ihrer nackten Existenz. Die Generalversammlung des DLV. steht bevor. Die Frechheit der fürstlichen Ansprüche verbunden mit der Junkerfrechheit, die die Fürsten deckt, rüttelt auch die Schläfrigsten wach. **Wir müssen mit der Agitation für den Volksentscheid unsere Gewerkschaftsarbeit aufs Land tragen.** Wir müssen eine große systematische Agitation für den Eintritt in den DLV. betreiben. Im DLV. **müssen wir den revolutionären Flügel stärken und schulen. Durch unseren Einfluß in den Gewerkschaften müssen wir es verstehen, den unvermeidlichen Existenzkampf der** Landproletarier zu organisieren, zu führen und mit den Kämpfen des Industrieproletariats zu verbinden. In den Parlamenten, in unserer Presse, täglich müssen wir der Not des Landproletariats Ausdruck verleihen.

Unter den Kleinbauernmassen wächst ebenfalls die Gärung. Massendemonstrationen, wie die der Moselwinzer in Bullay beleuchten blitzartig die Lage. Die Herausbildung eines **aktiven linken Flügels im Bayrischen Bauernbund, das Wachstum der selbständigen Kleinbauernverbände und ihre Einheitsbestrebungen, die Aufstellung eigener Kleinbauernlisten bei Landtags- und Kreistagswahlen** — alles das zeigt eine beginnende **Neuorientierung in der werktätigen Bauernschaft.** Die überraschend starke Zustimmung breitester bäuerlicher Kreise zum Antrag auf **Volksentscheid** gegen den Raubzug der Fürsten, **gerade auch in Bayern,** zeigt, daß die Linksbewegung der **Bauernmassen schon weiter ist, als manche ihrer „linken"** Führer sich träumen lassen.

Die Arbeit unter den Kleinbauern erfordert für den Industrieproletarier eine besonders **sorgfältige Vorbereitung und Einstellung.** Der Bauer ist mißtrauisch gegen den Arbeiter. Es bestehen bestimmte Gegensätze in der **Weltanschauung** und den nächstliegenden Interessen. Diese können nur aus dem Wege geräumt, überbrückt **werden, wenn wir dem arbeitenden Bauern die wahren Ursachen seiner elenden Lage in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzeigen und durch gleichzeitige unermüdliche Kleinarbeit ihm beweisen, daß allein die Kommunisten ehrlich sein Bestes wollen.** Die größte Aufmerksamkeit müssen wir seinen täglichen Nöten und **Beschwerden widmen.** Die selbständigen Kleinbauernverbände müssen wir stärken und mit allen Kräften unterstützen. In Gewerkschaften und **Konsumvereinen müssen** wir für die engste Zusammenarbeit der proletarischen und kleinbäuerlichen Organisationen eintreten.

Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung müssen wir durch unsere gesamte Arbeit mit Leben und Blut füllen! Die Kampagne für den Volksentscheid gibt uns die beste Gelegenheit hierzu.

Der Beschluß des Zentralkomitees der Partei, bei allen Parlamentsfraktionen besondere **Sekretariate der proletarischen Landhilfe** zu bilden, ist ein weithin sichtbarer Schritt auf diesem Wege. Die Aktivisierung unserer Agrarkommissionen bei den Bezirksleitungen und in den Ortsgruppen **muß folgen.** Die kommunistischen Gemeinde- und Kreistagsvertreter, auf dem Lande und in den Kreisstädten, müssen die unermüdlichen Helfer und Ratgeber der ausgebeuteten Landbevölkerung sein. **Unsere Presse muß, vor allem in den Landbezirken, so geschrieben sein, daß sie der Landarbeiter und der kleine Bauer gern in die Hand nimmt und sie versteht.**

Diese Arbeit wird uns nicht ablenken von der revolutionären Hauptarbeit in den Industriezentren, sie ist vielmehr ihre **notwendige Ergänzung und Verstärkung.** Die Revolutionierung der Landarbeiter, das Bündnis mit den Bauern wird auch in Deutschland die Konterrevolution dort treffen, wo sie am empfindlichsten ist, mitten in ihrer Festung, in ihren bisher unumstrittensten Domänen, auf dem flachen Lande.

Achtung, Parteigenossen!

Von heute an muß mit der Vorbereitung der Landagitationswoche vom 21. bis 28. Februar begonnen werden!

Von heute an muß jeder Parteigenosse seine Zeitung aufheben, zur Landagitationstour mitbringen oder an den Ortsgruppenleiter, Straßenzellenführer, Zellenobmann oder Agitationsleiter der Zellengruppe abliefern!

Genossen! Ihr wißt, daß die Durchführung des Volksentscheids große finanzielle Opfer von der Partei fordert.

Ihr müßt deshalb das Agitationsmaterial selbst zusammenstellen.

Fordert alle Leser des „Klassenkampf" auf, die gelesenen Zeitungen für die Landagitation zur Verfügung zu stellen!

Sammelt auch die letzten Nummern der „Illustrierten Arbeiter-Zeitung" und des „Knüppel"!

Jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin kann beitragen

das Kampfbündnis des Industrieproletariats mit der Bauernschaft

zu organisieren!

---

*

Landarbeiter und Bauern!

Alle Beschwerden, Anregungen, Wünsche und Anträge sind zu richten an die kommunistischen Fraktionen der Reichs- und Landesparlamente unter folgenden Adressen:

Für den Reichstag: **Landwirt Putz, M. d. R., Reichstag, Berlin.**

Für die Landesparlamente:

Preußen: Skellerup, M. d. L., Preußischer Landtag, Berlin.
Sachsen: Renner, M. d. L., Sächsischer Landtag, Dresden.
Bayern: Xaver Büchs, M. d. L., Bayrischer Landtag, München.
Württemberg: Fischer, Metzingen, M. d. L., Württembergischer Landtag, Stuttgart.
Baden: Max Pozk, M. d. L., Badischer Landtag, Karlsruhe.
Thüringen: Landwirt H. Bischoff, M. d. L., Thüringischer Landtag, Weimar.
Mecklenburg-Strelitz: Erich Schmidt, M. d. L., Strelitzer Landtag, Neu-Strelitz.
Mecklenburg-Schwerin: Hugo Wenzel, M. d. L., Schweriner Landtag, Schwerin.
Anhalt: Paul Kmiez, M. d. L., Anhalter Landtag, Dessau.
Hessen: Landwirt Angermeier, M. d. L., Hessischer Landtag, Darmstadt.

Ein Vorstoß Deutschlands in der Völkerbundsfrage?

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 16. Februar.

Die deutschen Botschafter in London und Paris sind beauftragt worden, bei diesen Regierungen anzufragen, ob sie anläßlich des deutschen Eintritts **die Zusammensetzung des Völkerbundsrats ändern wollten.** Dieser deutsche Vorstoß, der während der Anwesenheit des Generalagenten Sir Drummond in Berlin erfolgt, ist offenbar **vom englischen Imperialismus** veranlaßt.

Niederlage des Kabinetts Briand

(Eig. Drahtm.) **Paris, 16. Februar.**

Die Regierung Briand blieb gestern in der Abstimmung der Tabaksteuer trotz eines verzweifelten Appells des Ministerpräsidenten an die Parteien mit 216 gegen 291 Stimmen in der Minderheit. Das Kabinett Briand steht vor dem Sturz.

Ausschluß von 75 Arbeitermitgliedern des „Reichsbanners"

Die „Rote Front", das Organ des Roten Frontkämpfer-Bundes, schreibt in ihrer Nummer vom 15. Februar:

„Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, sind am 9. Februar in Berlin-Charlottenburg 75 Reichsbannerkameraden wegen der gemeinsamen Kundgebung mit den roten Frontkämpfern aus Anlaß der Ermordung und Beisetzung unseres Kameraden Klaffert aus dem R. B. ausgeschlossen worden. Es soll zu erregten Auseinandersetzungen in der Versammlung gekommen sein, wobei die ausgeschlossenen Kameraden ihre Abzeichen abgerissen und zertrampelt haben. Der Wirt des Abteilungslokales ist gleichfalls aus dem R. B. ausgeschlossen worden. Unter den Ausgeschlossenen befindet sich auch das Tambourkorps der Abteilung.

Die Ausgeschlossenen beabsichtigen, eine selbständige Organisation zu bleiben und unter roten Fahnen und dem Gruß „Frei Front" auch in Zukunft mit den roten Frontkämpfern ein enges Kampfbündnis zu halten.

Bezeichnend ist, daß die „Vossische Zeitung" schon am Abend der Demonstration, am 4. Februar, berichten konnte, daß die Charlottenburger Kameraden ausgeschlossen würden. Das steht ganz nach dem Komplott einiger Führer gegen die ehrlichen Kämpfer gegen die Reaktion aus.

Auf dem Bundestag des R. B. am 20. und 21. Februar sollte der RB.-Führung zum Bewußtsein gebracht werden, daß die ehrlichen Arbeiter und Republikaner im RB. gegen solche rigorosen Maßnahmen der RB.-Führer den schärfsten Protest erheben.

Die Tat der 75 ist ein Zeichen des Zurückfindens ehrlicher Klassenkämpfer zur Klassenfront.

Erregung der Arbeiter über den Saboteur Lan[dsberg]

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 16. Febr[uar].

Die Nachricht von der Erklärung Landsbergs im Rechts[ausschuß] des Reichstages und die Kunde von den mit den Bürgerl[ichen auf]genommenen Verhandlungen hat im ganzen Reiche bei [der Ar]beiterschaft die größte Erregung hervorgerufen. Die [sozialdemo]kratische Provinzpresse, die meist erst am gestrigen Mon[tag] Stellung nehmen konnte, zeigte dem Proteststurm gegenüber Hilflosigkeit und Verwirrung. So schreibt die „Leipziger [Volks]zeitung", daß Landsberg lediglich seine persönliche Mein[ung zum] Ausdruck gebracht habe. Im übrigen sei bei der Reichstags[fraktion] wenig Neigung vorhanden, auf den Volksentscheid zu ver[zichten]. In der Dresdener „Volksstimme" schreibt Hermann Fle[ißner von] einer deplazierten Bemerkung Landsbergs. Die meisten [...] Blätter verteidigen jedoch, wenn auch in gewundenen W[orten die] Verhandlungen mit den Bürgerlichen.

*

(Eig. Drahtmeld.) **Berlin,** 16. Febr[uar].

Die „Rote Fahne" schreibt in ihrem Kommentar:

„Nachdem der Volksentscheid für entschädigungslose Ent[eignung] der Fürsten eingeleitet ist, **kann es für sozialdemokratis[che und] kommunistische Reichstagsabgeordnete nur eine** Haltung [geben]. Im Reichsausschuß sowie später im Plenum des Reichstages [muß] **rücksichtslos aufgezeigt werden, was der bürgerliche** Gese[tzentwurf] **bedeutet.** Die „Mitarbeit" in den parlamentarischen Körpers[chaften] kann nur darin bestehen, daß der gemeinsam dem Volksent[scheid] zugrunde liegende Gesetzentwurf **dem bürgerlichen Entwurf gegengesetzt wird, daß den Massen des werktätigen Volkes** [gezeigt] **wird, welche Milliardenwerte die bürgerlichen Parteien** [von den] **Demokraten bis zu den Deutschnationalen dem Fürstengesi[ndel in] den Rachen werfen wollen.**

Nur so wird Arbeit für den Volksentscheid geleistet, nur [so] **der Sieg des werktätigen Volkes über Fürsten** und Fürst[en...] **vorbereitet werden.**

Worüber „Volksblatt" und „Volksbote" schwe[igen] — worüber sie sich aufregen

„Volksblatt" und „Volksbote" schweigen immer noch zu den [Aus]führungen Landsbergs im Rechtsausschuß. Um so mehr [er]regen sie sich gegen die Kommunisten. Das gestrige „Volks[blatt] nimmt in geradezu hysterischer Weise das Vorsprechen des [Pro]fessors Kuczynski und der Genossen Stoecker und Münzenberg [beim] Reichsinnenminister zum Anlaß, um gegen die Kommunisten [los]zuziehen. Die kommunistische Presse hat darüber lediglich [die Mit]teilung gebracht, daß der Reichsinnenminister der Meinung [ist, daß] das eigentliche Volksbegehren vom 3. bis 17. März statt[finden] werde. Mit welcher Berechtigung dagegen geschimpft wir[d, ist] jedem normalen Menschen unerfindlich sein. Genau das gl[eiche ist] der Fall beim Zeitzer „Volksboten". Nachdem in Zeitz die [KPD.] und SPD. vor längerer Zeit gemeinsam gegen die unver[schämten] Fürstenforderungen demonstriert haben und die Zeitzer SPD. [vom] hiesigen Parteivorstand einen mächtigen Rüffel erhalten [hat,] glaubt der „Volksbote", sich als besonders tüchtiger Kommu[nisten]fresser produzieren zu müssen. Vor allen Dingen nimmt [er die] Sammellisten zum Anlaß, um sich künstlich aufzuregen.

Aus dem Bericht des „Volksboten" kann jeder Leser dieses B[lattes] erkennen, daß die Listen ausdrücklich unterzeichnet worden [sind mit] **der Unterschrift der „KPD.".** Daß fett hervorgehoben wor[den ist,] daß der Volksentscheid gemeinsam von der KPD. und SPD. [durch]geführt wird, ist eine politische Tatsache, über die sich die [ganze] Arbeiterschaft, seien es SPD.- oder KPD.-Arbeiter, freu[t. Wer] **sich über die Feststellung und Unterstreichung dieser Tatsache** [auf]**regt und darüber Zeter und Mordio schreit,** beweist nur, daß [er im] **Grunde seines Herzens für die Fürsten ist** und lediglich [unter dem] **Druck der Massen zum Volksentscheid geprügelt wurde.** Im [übrigen] wird der gesunde Menschenverstand und Klasseninstinkt der [sozial]demokratischen Arbeiter diesen lächerlichen Schreihälsen im [„Volks]blatt" und „Volksboten" zu verstehen geben, daß diese Ma[che,] die nichts anderes bezweckt, als unsere eigenen Listen bei [den Be]hörden zu denunzieren, eine Methode ist, die die SPD.-Arbe[iter in] Gemeinschaft mit den kommunistischen Arbeitern auf das [schärfste] ablehnen.

„Ein Fall Heine"

Heraus mit den Fürstenknechten aus der SPD.

Die **„Frankfurter Volksstimme"** Nr. 37 vom 13. Februar [schreibt]:

„Im Rechtsausschuß des Reichstages behauptete dieser [Tage] der deutschnationale Abgeordnete Everling, daß der Sozial[demo]krat Wolfgang Heine als Prozeßvertreter eines Großherzogs [von] Mecklenburg gegen sein Land erklärt habe, man müsse doch [darauf] Rücksicht nehmen, daß „ein Großherzog, auch wenn er nicht [mehr] andere Mittel zur Verfügung haben muß als ein gewöhn[licher] Sterblicher". Auch wenn die von Everling dem Genossen [Heine] in den Mund gelegten Aeußerungen nicht gefallen sein [sollten,] könnte die Angelegenheit für unsere Partei nicht als e[rledigt] gelten. Mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei halten [wir es] nicht für vereinbar, aus Berufsgründen als Rechtsanwalt [die] Ansprüche der Fürsten gegen den Staat zu vertreten."

Die Forderung der Entfernung Heines genügt nicht. [In der] SPD. sind noch mehr solcher Fürstenknechte, die aber nur aus [der] Partei entfernt werden können, wenn die sozialdemokratischen [Ar]beiter es durchsetzen.

Einheitskomitees zwischen KPD. und SP[D.]

Suhl, 15. Feb[ruar].

Am vergangenen Sonnabend bildete sich hier ein Unter[ausschuß] zur Durchführung der Arbeiten bzgl. Volksentscheid. Der [Aus]schuß ist zusammengesetzt aus 3 KPD. und 2 SPD. Den [Vorsitz] im Ausschuß führen ein kommunistischer und ein sozialdemok[ratischer] Arbeiter. Im Hauptausschuß sind sämtliche örtliche Organi[sationen] der Arbeiter, Beamten und Angestellten vertreten. Der [Ausschuß] hat sofort seine Arbeiten aufgenommen.

Freiburg i. Br., 15. Feb[ruar].

Hier wurde ein Einheitskomitee für den Volksentscheid [gebildet.] Einstweilen gehören diesem Komitee an: sozialdemokratis[che, pazi]fistische, republikanische und marxistische Studentengrupp[en, Ar]beiter-Idobund, proletarische Freidenker, KPD., RFB., [...]

Achtung, neue Spitzelorganisation!

Berlin. Die „Welt am Abend" meldet, daß es ihr gelun[gen ist,] eine Geheimorganisation für antikommunistische Zellenbild[ung auf]zudecken, die unter dem Namen Zentralkommission in Berlin [Spitzel] und Provokateure in die Betriebe schickt, die dort verfu[chen, Ar]beiterforderungen und alle gemeinsam geplanten Aktionen [der Ar]beiter zu verhindern. Die Zentralkommission, die unter der [Leitung] eines früheren Hitler-Mannes Kuenzel steht, hat Verbindu[ng mit] den Industrieunternehmen und den Unternehmerorganis[ationen.] Außerdem unterhält sie ständige Verbindung mit dem [Reichs]ministerium des Innern. Die Zentralkommission unterhält [in allen] größeren Orten feste Stützpunkte, nämlich Vertrauensleute, [die An]gehörige der einzelnen Industriebetriebe korrumpieren [und be]spitzeln. Die „Welt am Abend" will in den nächsten T[agen] Material über diese Organisation veröffentlichen.

Verfahren gegen Luppe eingestellt

(Eig. Drahtm.) **Nürnberg, 16. [Februar].**

Die Strafkammer des Landgerichts Nürnberg sah sich [veranlaßt,] das Meineidsverfahren gegen den Oberbürgermeister [Luppe ein]zustellen.

34

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0002
DFG

Seid doch vernünftig!

Von Kurt Zeinhardt

„Der amerikanische Unternehmer weiß und erkennt es auch an, daß hohe Löhne die Voraussetzung für eine Blüte der Wirtschaft sind. Es herrscht dort die klassisch-gesunde volkswirtschaftliche Auffassung, daß billige Arbeitskräfte die Kaufkraft vermindern und technische Entwicklung hemmen. Wenn diese Erkenntnis in Deutschland durchgedrungen wäre, dann wären wir weiter. Aber so weit geht die Weisheit der deutschen Wirtschaftsführer nicht.“

(Fritz Tarnow vor den Hamburger Gewerkschaftsvorständen.)

Wohl selten ist so eindringlich an das Geschenk des Himmels, die ...liche Vernunft appelliert worden, wie zur Zeit der gegenwärtigen ...schaftskrise von **den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern** ... die **Vernunft der deutschen Kapitalistenklasse.** Mit einer geradezu ...wunderungswürdigen Zähigkeit predigen sie dem deutschen Unternehmertum den „einzigen Rettungsweg“. Ihr erster und wichtigster Programmpunkt ist hohe Löhne. Doch die deutschen Unternehmer, ...vernünftig wie sie sind, wollen partout nicht „gerettet“ sein. An... auf dem Wege der hohen Löhne den **Umsatz zu steigern,** ...gen sie der reformistischen „Vernunft“ geradezu ins Gesicht und ...en die **Löhne ab!**

Die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen würden vielleicht nicht völlig verständnislos dem „Unverstand“ der deutschen Kapitalisten... gegenüberstehen, hätten sie nicht nach Hermann Müllerschen ... „die alten Manuskripte verbrannt“. Sie hätten aus diesen ...skripten ersehen, daß die **Unternehmer-Vernunft gar nicht auf** ...wicklung **der „Wirtschaft und Steigerung der allgemeinen** ...fahrt“ gerichtet ist, sondern daß ihrer Weisheit letzter Schluß ... **und noch einmal Profit ist.**

Die Gewerkschaftsleiter reden den deutschen Unternehmern gut ..., die Arbeiter würden für die Lohnerhöhungen Ware kaufen und ... diese Weise den Kapitalisten entschädigen, indem sie ihm Ge...heit zum Verdienen geben. Den Ausbeutern ist aber der ... in **der Tasche lieber** als die winkende **Umsatzsteigerung auf** ... **Dach.** (Wer hat, der hat.)

... einen Trumpf haben die deutschen Gewerkschaftsleitungen, ... die Unternehmer doch zu bewegen, ihnen auf ihrem Wege der ... der deutschen (kapitalistischen) Wirtschaft zu folgen: das ... der Vereinigten Staaten von Amerika, mit dem **„amerikanischen Wirtschaftswunder“.** Reichtum in unerschöpflicher Fülle ... aus Fabriken, die riesenhaft und mit unerhört kühner Technik ihre Produktion von Tag zu Tag immer mehr entfalten. Ein ...schlag des Lebens, wie ihn das alte Europa gefühlt. Und dieser ... des Glücks macht auch vor dem Arbeiterhause nicht Halt: ...löhne von 600, 800 Mark, eigenes Auto, ein friedliches Ein...nehmen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Aber ... sie das alles nicht durch die Brille eines neugierigen **Touristen,** sondern mit den Augen eines **klassenbewußten Arbeiters** ..., so hätten sie auch die **K e h r s e i t e d e r M e d a i l l e** in ...rika bemerkt. Es wäre ihnen nicht entgangen, daß der rapid ...ende Reichtum der amerikanischen Kapitalistenklasse begleitet ... einem **wachsenden Ruin der kleinen Farmer,** und daß **den** ... Löhnen **von einigen Millionen qualifizierter Arbeiter um so** ... Lebenshaltung **der gewaltigen Mehrheit der Arbeiterschaft** ...übersteht. Wenn man **auch** drüben solch Elend **nicht** kennt, ... uns, und die schlechtbezahlten Arbeiter **dort** immer **noch** ... leben als hier relativ gut entlohnte, so sind doch nirgends ... Welt die **Lohnunterschiede so kraß** wie in Amerika. Und die ... amerikanische **Arbeiteraristokratie** ist es, die mit den ...listen heute noch relativ friedlich lebt und **deren** Verhältnisse ... Gewerkschaftern als **Ideal vorschweben.**

... Arbeiteraristokratie ist aber gar nichts spezifisch **Amerikanisches.** Würden die deutschen Gewerkschaftsführer in der **Ge**... der europäischen Arbeiterbewegung zwölf, fünfzehn Jahre ...blättern, so würden sie finden, daß es solche Arbeiterschichten ... industriellen kapitalistischen Staaten gab. So waren die ... Löhne der Arbeiteraristokratie für **das Unternehmertum** ...zende Kapitalanlage: Sie führten zu einer **Drosselung** des Klassenkampfes, sicherten den **Profit** und erlaubten **eine um** ... Ausbeutung der breiten Arbeitermassen. **Vor dem** ... konnte die europäische Bourgeoisie die **erhöhte Lebenshaltung** ...vilegierten **Arbeiterschichten leicht** bezahlen, weil ihr die ... aus **den Kolonien** und ausländischen Kapitalanlagen zu... Die Ausplünderung der **Kolonialvölker** war dabei eine ergiebige Quelle **von** Extraprofiten wie die zinstragenden ... im kapitalistischen **Ausland.**

... des kapitalistischen Europas ist gesunken; für **Amerika** ... die Morgenröte **des** Imperialismus angebrochen. **Es** zeigt ...selben Verhältnisse, wie die europäischen Industriestaaten ...kriegszeit, nur in **vielfach vergrößertem** Maßstabe. Anstatt ... Gelder zu leihen, strömt heute amerikanisches Kapital nach ... der Welt. „Sein Kolonialrecht ist die Erde.“ Es ... Südamerika und China und industrialisiert diese Gebiete ... Es strömt **nach** Deutschland und saugt aus dem Elend ... arbeitenden Massen seine **Dawes-Offensive.** Es strömt ... englischen Kolonien und untergräbt so daß britische ... Es nimmt in Form von Zinsen **oder** Kriegsschulden- ... und Reparationslasten an dem **Mehrwert** teil, der **aus** ... **Massen der ganzen Welt gepreßt wird,** so erhebt ... Tribut als der „Bankier der Erde“. Dieser Tribut, ob ... dem amerikanischen Kapitalisten in Form von Zinsen, ...-Tributen oder wie auch immer **zufließt, ist die reiche** ... zu dem wachsenden Wohlstand **des amerikanischen** ... nicht wenig beiträgt und an der **auch** die amerikanische ...aristokratie in Form von besonders hohen Löhnen teil-

Massenarbeitslosigkeit und Lohnabbau in England und Deutschland, Hungerstreiks der indischen und chinesischen Arbeiter, Not und Elend der **ausgebeuteten Massen** an allen Enden unseres Planeten, **das ist also das wahre Fundament des „amerikanischen Wirtschaftswunders“.**

Tarnow und andere sozialdemokratische Apostel des amerikanischen Kapitalismus stehen diesem „Weltwunder“ deshalb mit einer so **rührenden Naivität** gegenüber, weil sie es in den Grenzen kleinbürgerlich-nationaler Beschränktheit sehen. Es gibt kein amerikanisches Wirtschaftswunder. Ebenso wie der Wohlstand der deutschen Kapitalistenklasse auf dem Elend der deutschen Arbeiter begründet ist, so beruht auch im internationalen Rahmen der Aufstieg Amerikas auf dem **Niedergang des kapitalistischen Europas** und auf der verschärften Ausbeutung der werktätigen Massen in aller Welt.

Wenn Tarnow, Leipart und andere **Wortführer des deutschen** Reformismus den Unternehmern zurufen: „Seid doch vernünftig! Erhöht die Löhne, auf daß es Euch wohl ergehe auf Erden und die Wirtschaftskrise überwunden werde“, so können wir ihnen in ihrer Auffassung über den Inhalt und die Auswirkung von Lohnerhöhungen für die Unternehmer nicht beipflichten. Wir schließen uns in dieser Frage vielmehr der Auffassung ihres Parteigenossen **Hilferding** an, der sagt:

„Die Erweiterung des inneren Marktes durch Lohnerhöhung bedeutet für die Unternehmer eine Senkung der Profitrate mit der Aussicht auf erneute Senkung, die wieder Verlangsamung der Akkumulation bewirkt.“

Wir sind also der Ueberzeugung, daß die Unternehmer das **Programm der Lohnerhöhung** nicht **deshalb** ablehnen, weil sie „unvernünftig“ sind, sondern weil es tatsächlich **ihre Profite schmälert.** Wie groß aber auch die theoretischen Differenzen zwischen uns und der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung in dieser Frage sein mögen, wir stimmen mit ihr restlos darin überein, daß eine **allgemeine durchgreifende Lohnerhöhung eine unumgehbare dringende Notwendigkeit** für die Arbeiterklasse ist. Es ist weiter hier nicht **zu bestreiten, daß weder ein Hilferuf an das Parlament noch an die** Luther-Regierung **auch nur das** Geringste an dem Verhalten der Unternehmer zu ändern vermöchte; von Appellen an die „Vernunft“ oder „Weisheit“ der „Wirtschaftsführer“ schon gar nicht zu reden. Da es aber wohl schließlich **nicht in der Absicht des ADGB.** liegt, das **Wohl und Wehe der Arbeiterschaft** mit der Qualifikation der Unternehmergehirne zu verknüpfen, richten wir an die Gewerkschaftsinstanzen die bescheidene Anfrage, **wie** sie denn gedenken **die Erweiterung des deutschen inneren Marktes durch Lohnerhöhungen gegen die Weisheit und Einsicht der deutschen Wirtschaftsführer durchzusetzen.**

Die „Weisheit“ der deutschen Wirtschaftsführer

Wie die mitteldeutschen Unternehmer die Wirtschaftskrise „überwinden“ wollen

Die Tagung des mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes, über die wir bereits berichteten, nahm folgende Entschließung an:

Die zunehmende Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten sowie die katastrophale Zunahme der Erwerbslosen auch in unserem Wirtschaftsgebiet zeigt in erschütternder Weise die Verstärkung der seit langem bestehenden Wirtschaftskrise. Von dieser werden alle Berufsgruppen mit wenigen Ausnahmen in gleicher Weise betroffen.

Durchgreifende Gegenmaßnahmen sind erforderlich, wenn nicht die mitteldeutsche Wirtschaft, die gerade in den letzten Jahrzehnten einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, zugrunde gehen soll.

Die Krise kann nur überwunden werden, wenn der **Innenmarkt neu belebt,** die Kaufkraft durch **allgemeine Preissenkung** erhöht und die deutschen Erzeugnisse im Auslande wieder konkurrenzfähig gemacht werden. Die Vertreter der **Wirtschaft** sind bereit, diese Ziele mit allen **Kräften zu vertreten.** Insbesondere sollen an sich lebensfähige Betriebe in rentabler **Weise** ausgestaltet und weiterbetrieben werden, während unrentable **Betriebe stillgelegt werden müssen.** Zur Herbeiführung einer **Preissenkung** ist **Rückkehr zur schärfsten Kalkulation** erforderlich. Sie ist nur möglich, wenn der Unternehmer mit **festen Löhnen** rechnen kann und wenn nicht durch Schlichtungsausschüsse, staatliche Schlichter und das Arbeitsministerium **zwangsweise Lohnerhöhungen** durchgeführt werden, die die Produktionskosten und damit die Preise erhöhen, ohne die **Kaufkraft** der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, zu stärken. (?)

Alle Anstrengungen der Wirtschaft werden fruchtlos bleiben, **wenn nicht endlich die Regierung des Reichs wie der Länder, die Gemeinden, vor allen Dingen auch die Parlamente, nicht nur äußerste Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben** walten lassen und neue Forderungen ablehnen, sondern einen **scharfen Abbau der öffentlichen Abgaben vornehmen.** Länder und Gemeinden dürfen die der Wirtschaft in übermäßigem Maße entzogenen Gelder nicht mehr dazu benutzen, um industrielle **oder** landwirtschaftliche Unternehmen, **Hotels** und sonstige Betriebe **direkt** oder indirekt zu erwerben. **Weitere Erhöhung der sozialen Lasten,** insbesondere beim Umbau der **heutigen Erwerbslosenfürsorge** in eine Arbeitslosenversicherung, sind für die Wirtschaft untragbar; sie bringen das gesamte Gebäude unserer Sozialversicherung ins Wanken.

Endlich ist ein planmäßiger und nachdrücklicher **Abbau der Steuern, insbesondere der Realsteuern** sowie der Tarife der Reichsbahn und Post, in Angriff zu nehmen. (Schon erledigt — oder sind die Herren Kapitalisten mit dem Abbau der Besitzsteuern durch die Luther-Regierung **noch** nicht zufrieden? Wenn nur auch die **Arbeiterschaft** einmal ein Körnchen dieser **Unverschämtheit** für sich aufbringen könnte!!!)

Nur durch gemeinsame und von gegenseitigem Vertrauen getragene äußerste Anstrengung von Regierung, Parlament und Wirtschaft kann der Zusammenbruch vermieden werden.

Soweit das Unternehmerprogramm, das Programm unserer erleuchteten Wirtschaftsführer! Der Innenmarkt soll **durch Preissenkung** wieder neu belebt werden. Aber wie soll diese Preissenkung herbeigeführt werden? Durch rücksichtslose Stillegung von Betrieben, „Rückkehr zur schärfsten Kalkulation“, deshalb fort mit jeder „zwangsweisen Lohnerhöhung“, es lebe die Unternehmerdiktatur! Dabei weiß heute jedes kleine Kind und jeder Kleingewerbetreibende spürt es am eigenen Leibe, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft sinkt, wenn die Löhne sinken und wenn gar noch „äußerste Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben“ und „scharfer Abbau der öffentlichen Abgaben“ durchgeführt würden!

Aber die Unternehmer sind gar keine kleinen Kinder, sondern gerissene Schurken. Es kommt ihnen in Wirklichkeit gar nicht auf die „Ueberwindung der Wirtschaftskrise“ an, die Hauptsache ist, daß die **Profite** nicht „gesenkt“ werden!

Gegen solche Räuberpläne helfen keine Appelle an die „Vernunft“, hier hilft nur der **Kampf** der Arbeiterschaft gegen dieses Unternehmerprogramm. In erster Linie ist der ADGB. verpflichtet, dem **Ausbeuterprogramm ein Kampfprogramm der Arbeiterschaft** entgegenzustellen. Wir fragen deshalb zum dutzendsten Male:

Wo bleibt der außerordentliche Gewerkschaftskongreß des ADGB. zum Kampfe gegen die Unternehmeroffensive?

Die Antwort der Arbeiterschaft auf das Unternehmerprogramm

Eine vorbildliche Belegschaftsversammlung der Zuckerraffinerie, Halle

Die am Sonntag stattgefundene Betriebsversammlung im „Volkspark“ (kleiner Saal) zeitigte einen **Kampfgeist,** wie ihn die Kollegen der Raffinerie **lange nicht gesehen haben.** Während alle in letzter Zeit stattgefundenen Versammlungen sehr schlecht besucht waren, **war diesmal der kleine Saal des „Volksparkes“ bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Ueber 300 Kollegen** waren vertreten und bekundeten, restlos alles dafür einzusetzen, **um den geplanten Unternehmerschachzug zunichte zu machen.** Nach ausführlichen Berichten **von den drei anwesenden Gewerkschaftsvertretern Gittel (FAV.),** Gröbel (DMV.) und Martin (Masch. u. H.) herrschte nach reger Diskussion **einstimmig der Wille,** auf jeden Fall **den Lohnabzug sich nicht gefallen zu lassen.** Erst ist aber noch der Schiedsspruch abzuwarten.

Vollen Erfolg in dieser Versammlung hatte der **Fabrikarbeiterverband** zu verzeichnen. Dies zeigte sich **in dem Beitritt einer sehr großen Anzahl Kollegen.**

Kollegen! Restlos organisiert! Hinein in die freien Gewerkschaften! Wir setzen Dr. Baumann einen Damm entgegen. Dann bedeutet er mitsamt seinen gelben Schäfchen **ein Nichts.** Die Zersplitterung bisher brachte diesem Direktor nur Oberwasser und er konnte sich alles erlauben, jetzt muß er sich aber wohl oder übel eines anderen belehren lassen. Mit der Zeit werden auch wieder in unserem Betriebe gesunde Zustände Platz greifen und die Belegschaft kann durch ihr geschlossenes Auftreten jeden Schlag parieren.

Einstimmige Annahme fand am Schluß der Versammlung folgende Resolution:

Die am 14. Februar 1926 stattfindende Betriebsversammlung der Zuckerraffinerie schließt sich der breite Volksschichten umfassenden Bewegung der Fürstenabfindung an.

Keinen Pfennig den Fürsten und ihren Mätressen muß die Parole für das gesamte Volk sein.

Die Versammelten wenden sich aber mit aller Schärfe gegen den Aufruf des ADGB., daß die einzelnen Gewerkschaften nicht in die von der KPD. geforderten Einheitskomitees eintreten sollen. Die Belegschaft fordert, daß der ADGB. unverzüglich den Beschluß aufhebt und es **ermöglicht wird, daß alle Mittel angewandt werden, das Volksbegehren wie dem nachfolgenden Volksentscheid zu einem glänzenden Erfolg zu verhelfen.**

Es ist bezeichnend, daß diese Entschließung Annahme fand, trotzdem die drei von der Gewerkschaft anwesenden Kollegen **der Amsterdamer Richtung** angehörten. Dies zeigt wieder einmal, daß die Bewegung der Einheitskomitees nicht mehr aufgehalten werden kann, und daß, wenn nur die Massen aktiv genug sind, sie auch mit den reformistischen Führern fertig werden.

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

...Redner, der müde und abgespannt von seiner Felstribüne ...ern wollte, wandte sich noch einmal um:

„... Rache, Freunde, sondern Gerechtigkeit. Wir werden über ... zu Gericht sitzen, ein Urteil fällen. Und dies ist erst der ... seine Stimme schwoll mächtig an, übertönte den Lärm der ..., die der Morgenwind stärker gegen das Ufer trieb. „Nicht ... herrliche Stück Erde, das wie zur Lust und Freude der ... geschaffen wurde, ist durch die Habgier und die verbrecherische Selbstsucht eines einzelnen in eine Hölleninsel verwandelt ..., nein, die ganze Welt mit all ihrer Schönheit und ihren ...lichkeiten für alle wurde durch das kapitalistische System ... Verfechter und Nutznießer zur Höllenwelt für die ausgebeuteten Massen. Auch deren Gehirn und Denkkraft wurde durch ...Dämpfe zerstört; sie tragen den Namen Religion, Schule, ... Aber der Morgenwind, der vom Osten weht, zerstreut alle diese giftigen Dämpfe, tote Gehirne erwachen zum Leben, Augen lernen sehen, gekrümmte Rücken recken sich hoch, erstarrte Hände greifen nach Waffen. Das Weltgericht naht. Früher ... die Proletarier alle wie auf einer einsamen Insel, abgesondert voneinander, hilflos zur Ohnmacht, aber heute trägt das ..., an dessen Mast die rote Fahne weht, ihnen voneinander ... zu, Botschaft von siegreichen Kämpfen, Botschaft auch von ...lagen, die wieder gutgemacht werden müssen. Die proletarische Welt ist eins im Streben, im Ziel; sobald die Massen es ... werden sie die Feinde schlagen, werden, freilich, unter unsäglichen Mühen, aber zielsicher aus der Höllenwelt die freie, geschönheitsreiche Welt der Werktätigen schaffen!“

...Redner sprang hinab und verschwand in der Menge.

... den dunklen Wald huschten eilends gespenstische Schatten.

... verödet lag der Steinbruch da. Immer stärker wehte ...wind. Am Himmel erloschen die Sterne. Und jäh, ...gang unterlag die Nacht ihrem Feind, dem Licht. ... glühendrot, Vögel begannen zu singen. Der ...

Siebzehntes Kapitel: **Zwei Schiffe lichten die Anker**

In der Redaktion des „Minnesota Union Advocate“ in St. Paul tobte eines Abends spät ein Streit. Tommy saß auf dem Schreibtisch des grauhaarigen Redakteurs, der lächelnd am Fenster stand, und schrie wie ein Zaunbrecher. Jack Benson schritt ungeduldig im Zimmer auf und ab. Nun blieb er stehen und herrschte Tommy an: „Du fährst nicht mit! Wir können nur hundert Mann unserer Kampf-Garde entsenden. Da kommt es auf jeden einzelnen an. Und O'Keefe hat ausdrücklich starke Leute verlangt.“

„Erstens bin ich kein Schwächling“, tobte Tommy, „und außerdem habe ich ein Recht darauf, mitzufahren.“

„Ein Recht?“ lächelte fragend der grauhaarige Redakteur.

„Ja, Genosse“, Tommy wandte sich nun hastig an ihn; vielleicht war dieser Mensch mit den gütigen blauen Augen leichter zu erweichen. „O'Keefe telegraphierte doch, daß Henry Bright in seiner Jacht den Transport begleiten werde, und . . .“ Er stockte.

„Und?“ fragte Jack Benson.

„Henry Bright hat Harvey ermordet“, erklärte Tommy hart.

Jack Benson schüttelte den Kopf; seine Stimme klang milder als bisher: „Tommy, ich kann nicht zugeben, daß Du Dummheiten machst. Ich verstehe ja vollkommen, aber . . .“

„Vergiß nicht, mein Sohn, daß Dein Steckbrief bestimmt auch in Tallahassee und Tampa ausgehängt ist,“ warf der Redakteur ein. „Du würdest sofort erwischt werden.“

Tommy verlegte sich aufs Bitten, aber Jack Benson blieb hart.

„Nein, Tommy, es geht wirklich nicht. Du wirst hierbleiben, bis wir Deine Angelegenheit geregelt haben, dann aber wirst Du mit O'Keefe nach England fahren, verstanden?“

Tommy schnitt ein wütendes Gesicht und schwieg.

„Wir hätten Dich eigentlich gleich mit Ethel und David Black fortschicken sollen“, meinte Jack Benson stirnrunzelnd.

„Danke, ich empfinde nicht die geringste Lust, als dritter Flitterwochen mitzuerleben. Außerdem gefällt mir Ethel Bright, das heißt Black nicht. Ich mag nur energische Weiber, so wie Daisy Smith“, lautete Tommys Antwort.

„Wieviel der Unseren sind denn nun eigentlich schon angeworben?“ erkundigte sich der Redakteur.

„Sechsundfünfzig“, erwiderte Jack Benson, in ein chiffriertes Schreiben blickend.

„Ob es den Leuten nicht auffallen wird?“

„Ich glaube nicht. Die Arbeitslosigkeit wird immer stärker und Tallahassee und Tampa weisen einen großen Prozentsatz an Arbeitslosen auf. Wohin gehst Du, Tommy?“

„Zu Benito. Ich bin zu wütend auf Dich, Jack, um mit Dir in einem Raum bleiben zu können.“ Damit schlug Tommy krachend hinter sich die Tür zu und lief in die Druckerei.

Der alte Benito, der sich eben zum Heimgehen anschickte, lebte seit zwanzig Jahren in Amerika. Er war ein seltsamer Kauz, der es in allen Berufen versucht hatte und der schließlich als Setzer beim „Minnesota Union Advocate“ gelandet war. Tommy und der alte Italiener hatten sich rasch angefreundet. Benito nickte dem Burschen freundlich zu. Tommy hielt ihn zurück.

„Du darfst noch nicht gehen, Benito. Ich muß mit Dir reden . . .“

Als Benson nach Mitternacht die Redaktion verließ, sah er in der Druckerei noch Licht brennen. Er schaute hinein und erblickte Tommy und Benito im eifrigen Gespräch.

„Was der Teufelskerl wohl wieder ausheckt“, seufzte der Agitator. Aber er störte die beiden nicht, denn er war müde und fürchtete, der einstige Taschendieb könnte von neuem mit seinen Bitten und Vorstellungen beginnen.

Am folgenden Morgen war Tommy spurlos verschwunden.

Ein häßlicher, dickbäuchiger brauner Dampfer lag im Hafen von Tampa vor Anker. Er mutete wie ein Frachtschiff an, dennoch schien er ein Passagierdampfer zu sein. Männer, kleine Koffer und Bündel auf dem Rücken, überschritten den Landungssteg, wiesen einem gutgekleideten Mann Papiere vor, gingen an Bord. Der gutgekleidete Mann grinste zufrieden, zweihundert Stück, fast ausnahmslos außergewöhnlich kräftige junge Menschen. „Der Boß wird zufrieden sein,“ meinte er etwas später zum Kapitän. Dieser nickte. „Wenn Sie noch etwas zu besorgen haben, Saunderson, in einer Stunde lichten wir die Anker.“

Auf den Wassern der Bai schaukelte unfern des häßlichen dickbäuchigen Dampfers eine schneeweiße schlanke Jacht. Im Innern der Jacht wurden im Kohlenraum Kohlen geschaufelt. Einer der Heizer, ein hagerer, krank aussehender Mann, ging über die Landungsbrücke, verschwand hinter der im Hafen sich drängenden Menge. Ein dunkellockiger Bursche, der seit dem frühen Morgen umherlungerte, schlich ihm nach: „Sind Sie jetzt bereit?“ fragte er.

Der Heizer nickte. „Wo ist das Geld?“

Der dunkelhaarige Bursche zog den Heizer unter ein Haustor; reichte ihm einige Banknoten. „So, und jetzt verschwinden Sie.“

Aus den Schloten der weißen Jacht strömte bereits feiner bläulicher Rauch; sie schien fahrbereit. (Fortsetzung folgt)

...renten
...hlst Du Dich ...de und er...afft ...ann gibt Dir ...uw-Brot ...ue Kraft
Beerdigungsanstalt ...ietät“ ... M. Burkel ... 4. Telephon 6393
...schinen Fahrräder ... aller Art billigst ...ttler, Fahrradhdlg. ... Zwebendorfer Str.
...federn von Mk. 1,40 an ...t-Stoffe ... und farbecht ... billig und gut bei ... & Co., Pfännerhöhe 4 ... Reinigungs-Maschine ... Antrieb u. Dampf
Tempel-Pfautsch Nikolaistr. 6 Fernruf: 3668
...chterei M. Zaubitzer Steinweg 52 ... stets ständig: fettes Roßfleisch u. ... gute Wurstwaren ... warme Brühwurst u. ... Gehacktes Restaurant: ... u. täglich warme Speisen
...der Triumph Panther Brennabor Viktoria ... alle Fabrikate ... ...ichterungen ... Ulrichstr. 1...
...garetten ...ren, Tabak ... Mucha ...handlung ...str. 12 Tel. 17...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0003

WALHALLA

Dir. Paul Blutgen
8 Uhr — Telephon 83-5

Ab heute, Dienstag, 16. Februar

Sensations-Gastspiel von

Siegmund Breitbart redivivus

Hermann, des Recken rechte Hand. — Josef, der Bruder u. Ossy der Sohn, präsentiert d. Frau Siegmund Breitbart in den Original-Leistungen, Requisiten, Dekorationen u. Kostüm. des infolge Berufsunfalls jäh aus dem Leben geschiedenen in allen Weltteilen berühmt. Eisenkönigs

Vom 1. Januar bis 15. Febr.

Haupt-Attraktion des Zirkus Busch - Berlin

Außerdem *567

eine Kette leuchtender Varietee-Sterne:

Irene Freytag-Hildebrandt, die beste Opern- und Koloratursängerin am deutschen Varietee

Les Gracillas, Wunder-Dressur seltener tropischer Prachtvögel

Iwan Arkoff u. Margret Loinay Solotänzer der ehemalig. königl. Oper Budapest

The Heinz Company, equilibrist scher Akt

„Ein Sommerabend im Park" La Perle, Lichtwisston i.d. Silbergr.

Des groß. Erfolg. halb. prolong.

Sibirisches Männer-Gesangs-Quintett mit neuem Repertoir

Chambre separée No. 6 Faschings-Operette in 1 Akt

Trotz der hohen Unkosten gewöhnliche Preise!

Tageskasse ab 11 Uhr

Zur Pfannkuchenbäckerei

empfehle preiswertest:

Prima Backfett ℔ 85 ₰

la Weizenmehl 10 ℔ 2,10

Marmeladen bis zu den feinsten

Frischgebrannte

Bohnenkaffees

!!!! ganz hervorragend !!!!

Bohnenkaffeemischungen

¼ Pfund von 25 ₰ an

Preiswerte Spirituosen:

Nur einmaliges Angebot!

¾ Ltr.-Flasche Kümmel

35 % = 2,10 Mk.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster, Sie finden nur billige Preise

Sanitätsdrogerie

Max Landmann, Ammendorf

Lichtspiel-Theater Wittenberg

Das gewaltige Doppelprogramm für **Dienstag bis Donnerstag:**

Der deutsche Großfilm in 6 Akten:

Die vier Ehen des Mathias Merenus

Ein Spiel von Ehe und Liebe. Nach dem Roman v. Strobel. Mit Hofmann, Reinwald Kupfer, Unterkirchner usw.

Vermißte Töchter

Der größte Sitten- und Aufklärungsfilm in 7 Akten 167

zur Bekämpfung des Mädchenhandels

Kampf der internationalen Polizei gegen diese Pest des Mädchenhändlertums

Mütter — die ihr eure Töchter behüten wollt,

Väter — die ihr eure Töchter ins Leben schickt,

Töchter — die ihr die stille Heimat mit der Großstadt vertauscht,

Seid gewarnt!

Herzlichen Dank

allen für die vielen Geschenke, Karten und Depeschen, welche uns anläßlich unserer goldenen Hochzeit von nah und fern zuteil wurden.

Langendorf, 13. Febr. 1926

E. Lorbeer u. Frau

164

Wiener-Lichtspiele Piesteritz

Dienstag bis Donnerstag das große Programm:

166

Garragan

Das große Filmschauspiel nach dem Roman der „Berliner Illustrierten Zeitung" von Ludwig Wolf

Anfang pünktlich 8 Uhr

Zur Anfertigung von

Frauen- u. Kinder-Garderobe

sowie von *566

Rot-Frontkämpfer-Kutten

empfiehlt sich

Genossin **Luise Beyer**

Schkeuditz, Ringstraße 1

Zeitungsträgerin

für **Lochwitz** (bei Heiligental) gesucht. Meldungen bei **Friedrich Schmelzer**

Zeitungsträger

für **Esperstedt** sofort gesucht

Meldungen bei **Max Wagenknecht, Ober-Esperstedt**

Gemeinde Theißen

Der diesjährige **Viehmarkt** findet am **Freitag**, dem **19. März 1926**, und der **Jahrmarkt** am **20.** und **21. März 1926** statt *563

Theißen, den 15. Februar 1926

Der Gemeindevorsteher

Werbt f. d. Klassenkampf

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Alle Beschwerden über unregelmäßige Kassierung der Einzelmitglieder sind mündlich oder schriftlich an Frau Bullmann, Georgstraße 11 I, zu richten.

Gröbers. Dienstag, 16. Februar, abends 7½ Uhr, im Gasthof Möslein, Osmünde, Sitzung der Vorstände aller Sport- und Arbeiterorganisationen. Referentin: Frau Wiesner, Halle. Sympathisierende sind willkommen.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Empfehlenswerte Literatur

der

Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Kaganowitsch: **Der organisatorische Aufbau der RKP.**	0,80
Der organisatorische Aufbau d. Kommunistischen Partei	1,50
Piatnitzki: Organisatorische Fragen	0,90
Die Organisation der Betriebszellen	0,75
Acht Jahre Sowjetmacht	1,00
Bucharin: **Der Weg zum Sozialismus**	1,00
Die Kommunistische Internationale Sonderheft: Ostfragen	1,50
Die Internationale Nr. 3	0,30

Schöngeistige Bücher

János Gyetvai: **Eine Nacht** .... brosch.	0,60
Lawrence H. Desberry: **Ejus** .... gebd. 4,50, brosch.	2,50
Lawrence H. Desberry: **An den Ufern des Hudson**, gebd.	4,50

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 5 441 bis 8 489 (Monat Juni 1925, Pfandscheine in braunem Druck) wird vom **9. März 1926** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden

Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände, Brillantsachen**, ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk**, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen

Halle a. d. S., den 15. Februar 1926 30

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Anordnungen

über die Regelung des Pflegekinderwesens im Regierungsbezirk Merseburg.

Auf Grund der §§ 22, 24, 25 und 26 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 (RGBl. I S. 647) in der Fassung der Verordnung vom 14. Febr. 1924 (RGBl. I S. 110) in Verbindung mit § 34 des Preußischen Ausführungsgesetzes vom 29. März 1924 (GS. S. 180) und der Ermächtigung in Abschnitt III (4) der Ausführungsanweisung dazu vom 29. März 1924 werden über die Regelung des Pflegekinderwesens im Regierungsbezirk Merseburg folgende Anordnungen getroffen:

1. Allgemeines.

§ 1.

Pflegekinder sind eheliche oder uneheliche Kinder unter 14 Jahren, (falls nicht eine Herabsetzung der Altersgrenze erfolgt ist), die sich, entgeltlich oder unentgeltlich, für längere Zeit in fremder Pflege befinden, und zwar:

a) solche, die ununterbrochen, Tag und Nacht, in fremder Pflege sind,

b) solche, die nur für einen Teil des Tages in fremder Pflege sind, wenn dies regelmäßig der Fall ist, d. h. nicht gelegentlich, sondern täglich oder an bestimmten Tagen sich wiederholend.

Kinder sind nicht Pflegekinder im Sinne des RJWG., wenn von vornherein feststeht, daß sie nur vorübergehend und gleichzeitig unentgeltlich in fremder Pflege untergebracht werden. Wird ein Entgelt gezahlt, so sind sie auch bei vorübergehendem Aufenthalt Pflegekinder.

Diese Anordnungen finden keine Anwendung.

a) auf eheliche Kinder, die bei Verwandten oder Verschwägerten bis zum 3. Grade verpflegt werden, es sei denn, daß diese Personen Kinder entgeltlich, gewerbsmäßig oder gewohnheitsmäßig in Pflege nehmen,

b) auf Kinder, die aus Anlaß auswärtigen Schulbesuchs für einen Teil des Tages in Pflege genommen werden, sowie

c) auf Kinder, die zum Schulbesuch in auswärtigen Schulorten in Familien untergebracht sind, wenn diese die Leitung der Schule für geeignet erklärt und überwacht.

2. Erteilung der Erlaubnis.

§ 2.

Für die Erteilung der Erlaubnis gemäß § 22 RJWG. werden folgende Mindestforderungen in gesundheitlicher, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung hinsichtlich der Wohnung, der Pflegepersonen und des Kindes gestellt.

1. In gesundheitlicher Beziehung wird gefordert, daß die Wohnung den baupolizeilichen Vorschriften entspricht und daß genügende Lüftungsmöglichkeiten in den von dem Pflegekinde bewohnten Räumen, ein eigenes Bett und die erforderlichen Reinigungseinrichtungen vorhanden sind. Die Zahl der Mitbewohner muß der Größe der Räume entsprechen, in der Pflegefamilie dürfen keine ansteckenden Krankheiten vorhanden sein und das unterzubringende Kind muß selbst von solchen Krankheiten frei sein. In allen zweifelhaften Fällen ist ein Arzt zu hören.
2. In sittlicher Hinsicht muß die Eignung der Pflegepersonen selbst sowie die der übrigen Familienmitglieder und etwaiger Kostgänger feststehen; insbesondere muß feststehen, daß das Kind in der Familie nicht nur die nötige körperliche Pflege, sondern auch die richtige Erziehung in geistiger und sittlicher Beziehung findet. Auf das religiöse Bekenntnis ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.
3. In wirtschaftlicher Hinsicht müssen geregelte Verhältnisse vorliegen, damit einerseits eine Gewähr dafür gegeben ist, daß das zum Unterhalt des Kindes bestimmte Pflegegeld ihm auch wirklich zugute kommt und nicht von anderen für sich verwendet wird und damit andererseits der Gefahr vorgebeugt wird, daß die Arbeitskraft des Kindes ungebührlich ausgebeutet wird.

§ 3.

Die Erteilung der Erlaubnis erfolgt auf schriftlichen Antrag. Der Antrag hat zu enthalten: Vor- und Zuname des Pflegekindes, Ort und Tag seiner Geburt, sein Bekenntnis, Name, Stand und Wohnort seiner Eltern, bei unehelichen Kindern Name und Stand der Mutter und des Vormundes, endlich Name, Stand und Bekenntnis der Pflegepersonen, sowie genau Angaben über deren Wohnung (vgl. § 7).

§ 4.

Wer mit einem solchen Kinde in den Bezirk eines Jugendamtes zuzieht, hat die Erlaubnis zur Fortsetzung der Pflege unverzüglich einzuholen.

§ 5.

Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig in vorübergehende Bewahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung bei dem Jugendamte.

Die Regelung der Anmeldung ist ausschließlich Sache des Jugendamtes.

§ 6.

Die Erteilung und Versagung der Erlaubnis erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Erlaubnis wird zurückgenommen, wenn eine wesentliche Voraussetzung der Erteilung wegfällt, oder die Pflichten gegen das Pflegekind vernachlässigt werden.

In dem Bescheid ist hierauf hinzuweisen, ebenso auf das Aufsichtsrecht des Jugendamts, die Vorschrift des § 27 RJWG. und die Strafbestimmungen des § 11 dieser Anordnungen.

§ 7.

Die Erlaubnis erlischt durch den Tod der Pflegepersonen oder des Pflegekindes, ferner beim Wohnungswechsel, da sie nur für bestimmte Räume erteilt wird.

3. Aufsicht.

§ 8.

Die Aufsicht des Jugendamtes bezweckt, laufend festzustellen, ob das Kind ordnungsmäßig untergebracht ist. Die Pflegepersonen sind verpflichtet, den Beauftragten des Jugendamtes jederzeit Zutritt zu ihrer Wohnung und dem Pflegekind zu gestatten, bei allen das Pflegekind betreffenden Fragen wahrheitsgemäße Auskunft zu erteilen und auf Verlangen das Pflegekind zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten vorzustellen. Bei ländlichen Pflegestellen hat die Vorstellung der Kinder möglichst am Wohnorte der Pflegepersonen stattzufinden.

§ 9.

Der Aufsicht des Jugendamtes unterstehen auch die unehelichen Kinder, die sich bei der Mutter befinden (Paragraph 24 Abs. 1 Satz 2/RJWG.).

4. Befreiung von der Aufsicht.

§ 10.

Von der Beaufsichtigung nach Paragraph 25 Abs. 1 RJWG. wird nur dann befreit, wenn die gesamten Verhältnisse der Pflegepersonen volle Gewähr für eine dauernd geeignete Pflege bieten. Es wird daher vor der Befreiung eingehend geprüft, ob die Pflegepersonen voraussichtlich dauernd für ordnungsmäßige Verpflegung zu sorgen in der Lage und gewillt sind, ob ihre Persönlichkeit erwarten läßt, daß dem Kinde in sittlicher Beziehung eine angemessene Erziehung zuteil wird und schließlich, ob der Gesundheitszustand der Pflegepersonen und des Kindes die Befreiung von der Aufsicht zuläßt.

Grundlage für die Befreiung ist in der Regel eine mindestens zweijährige Bewährung der Pflegestelle für dieses Pflegekind. Jedoch sind Ausnahmen zulässig, wenn schon früher feststeht, daß keinerlei Bedenken gegen die Befreiung vorliegen. Die Befreiung von der Aufsicht ist jederzeit widerruflich; sie kann von vornherein auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden. Die Befreiung unehelicher Kinder, die sich bei der Mutter, den Großeltern oder beim Vormund befinden, erfolgt gemäß Paragraph 25 Abs. 2 und 3 RJWG.

5. Anzeigepflicht.

§ 11.

Von der Aufnahme, der Abgabe, dem Wohnungswechsel, dem Tode eines Pflegekindes sowie eines bei der Mutter befindlichen unehelichen Kindes ist dem Jugendamt binnen drei Tagen schriftlich oder zu Protokoll Anzeige zu machen.

Verpflichtet zu der Anzeige sind sowohl die Mutter bezw. als auch die aufnehmenden oder abgebenden Pflegeeltern.

Nicht zu solchen Anzeigen verpflichtet sind diejenigen, die ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbsmäßig nur in übergehende Bewahrung nehmen (vgl. § 5).

§ 12.

Bei der Anzeige des Todes eines Pflegekindes, die jedenfalls vor Beerdigung des Kindes zu erfolgen hat, ist ein ärztlicher Totenschein oder eine kurze ärztliche Bescheinigung (Gebührenordnung für Aerzte und Zahnärzte II A 15 a) über die Todesursache vorzulegen. Das Jugendamt kann die Vorlage eines ärztlichen Befundscheines (Tarif zum Gesetz vom 14. Juli 19..) verlangen. Die Kosten der Zeugnisse sind von den Pflegeeltern zu tragen.

6. Strafbestimmungen.

§ 13.

Wer ein Pflegekind ohne die vorgeschriebene Erlaubnis oder Anmeldung in Pflege nimmt, oder nach Erlöschen oder Widerruf der Erlaubnis in Pflege behält oder wer den in §§ 2 bis 8 dieser Anordnungen entgegenhandelt, wird mit Geldstrafe von 1 bis 10 000 RM. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 3 ... bestraft.

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der in den nach § ... geschriebenen Anzeigen wissentlich unrichtige Angaben macht, die Leiche eines Pflegekindes oder unehelichen Kindes ohne ... geschriebene Anzeige beerdigt.

Wer der in § 11 vorgeschriebenen Anzeigepflicht nicht nachkommt, wird mit Geldstrafe von 1 bis 125 RM. oder mit Haft bestraft.

Die Bestrafung tritt nur auf Antrag des Jugendamtes ein. Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Merseburg, den 25. Oktober 1925. Der Regierungspräsident.

Grützner.

Geschäftseröffnung!

Der Arbeiterschaft von **Weißenfels und Umgegend** zur Kenntnis, daß ich am heutigen Tage

Tagewerbener Str. 50

einen

Rasier- und Haarschneide-Salon

eröffne

Für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich mir dasselbe auch fernerhin zu bewahren.

Weißenfels, den 16. Februar 1926

Walter Kretzschmar

Stadt-Theater

Heute

Dienstag 7½ Uhr

Uraufführung

„Dona nobis pacem"

Ende v. 10 Uhr

Mittwoch 7½ Uhr

Die Verschwörung d. Fiesco z. Genua

Ende 10½ Uhr

Donnerstag 7½ Uhr

„Dona nobis pacem"

Willst du dir und ihr was bieten und habt ihr ... Spart durch **Perladin** und nicht mit Wurst

(Die neue kleine Dose Nr. 66 kostet 10 ...)

Sohlleder-Ausschnitt

Gummi-Absätze

liefert billigst

Paul Andersch

Magdeburger Straße 8

Trauerbriefe und -Karten

liefert sofort die Druckerei der

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße

Fernruf 1045, 1047 2251

Königstraße 18

Spielwaren-Ausverkauf

herabgesetzte Preise

2—6 Uhr

Biete St., K. K., Merseburger Str. Suche 2 St., K., K. Südviertel

Offerten u. 564 an Verl. Klassenkampf

Todesanzeige

Am 15. Februar, nachts ½11 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenmeister

Ferdinand Döring

im Alter von 50 Jahren

Wir verlieren in ihm einen tüchtigen und gewissenhaften Kollegen und Genossen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden

Halle a. d. S., 16. Februar 1926

Geschäftsleitung u. Personal der Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez rk Halle-Merseburg, eGmbH.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 19. Febr., nachm. ½2 Uhr, in der Kapelle des Gertraudenfriedhofs statt.

Arb.-Sachen

verkauft

G. Lukas

Merseburg

Sand 1

Kleine Anzeigen

haben im Klassenkampf

Große Wirkung!

★ **Inseratenannahme** ★

für die Mansfelder Lande

für

„Klassenkampf"

Eisleben, Rathausstr. 7

Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten!

Nachruf

Freitagnacht starb Genossin

Lina Ro...

Ehre ihrem Andenken

Gemeinschaft prol. Fr...

Ortsgruppe ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Ein hallischer Betrieb für das neue Einheits-Komitee

Gegen das Verbot des ADGB.

Am 13. Februar fand im Restaurant „Schloß Freiimfelde", Halle, eine Belegschaftsversammlung der **Firma H. Paul Beige** statt. Tagesordnung war: Wirtschaftliche Lage und Betriebsangelegenheiten. Zum ersten Punkt sprach Kollege Drescher vom DMV. Er verstand es ausgezeichnet, den Kollegen klar auseinanderzusetzen, in welch raffinierter Weise die Unternehmer versuchen, Arbeitseinschränkungen und damit verbunden Entlassungen und Lohnkürzungen vorzunehmen. Im besonderen ging der Referent auf die Rationalisierung der Betriebe ein und zeigte den Weg, um den profitgierigen Unternehmern Einhalt zu bieten. **Die Diskussion** zeigte das Einverständnis der Kollegen mit den Ausführungen.

Ein Kollege sprach dann über die Notwendigkeit eines **Einheitskomitees** zur **Durchführung des Volksentscheids für restlose Enteignung** der Fürsten, unter der Parole: Keinen Pfennig den Fürsten, die Schlösser und Milliarden den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 13. 2. 26 stattgefundene Belegschaftsversammlung der Firma H. Paul Beige protestiert schärfstens gegen den Aufruf des ADGB., der den Ortsverwaltungen verbietet, sich am Einheitskomitee für restlose Enteignung des Fürstengesindels zu beteiligen. Die Belegschaft erkennt die dringende Notwendigkeit eines Volksentscheids und stellt sich vollständig hinter die Beschlüsse des Einheitskomitees, das am 12. 2. 26 in Halle gebildet wurde. Sie ist gewillt, sich mit ganzer Kraft für die Durchführung des Volksentscheids einzusetzen."

Im nächsten Punkt wurden durch einige Kollegen große Mißstände im Betrieb gekennzeichnet. Diese können beseitigt werden, wenn die Kollegen restlos in die freien Gewerkschaften eintreten und den Betriebsrat voll unterstützen. **Kollegen, heran an die Arbeit!**

Noch einmal zur Belegschaftsversammlung Zuckerraffinerie Halle

Von der Direktion der **Zuckerraffinerie Halle**, über die wir am 4. d. M. berichteten, geht uns unter dem 12. Februar folgendes Schreiben zu:

Unter Berufung auf das Pressegesetz ersuche ich Sie um Aufnahme folgender

Berichtigung

1. Es ist nicht wahr, daß ich auf den Gewerkschaftssekretär, Herrn Gittel, einen tätlichen Angriff verübt habe. Herr Gittel hat diese Behauptung unmittelbar nach der Versammlung auf Vorhalt von Herrn Dr. Otto in Gegenwart des verstärkten Betriebsrats zurückgenommen.

2. Ich habe während der Versammlung niemandem die Tür gewiesen, bin vielmehr bereitwillig auf die Zwischenrufe, soweit ich sie verstanden habe, eingegangen. Ich habe mir nur den die Versammlung störenden Lärm verbeten.

Hochachtungsvoll

Dr. J. Baumann.

Wir haben uns mit dem Geschäftsführer des FAV., Gittel, in Verbindung gesetzt, der, entsprechend unserem Berichterstatter, erklärt, daß Dr. Baumann mit geballten Fäusten auf ihn zugekommen ist, so daß er ihm sagte: „Greifen Sie mich nicht an, sonst werde ich handgreiflich.". Er habe die Behauptung, von Dr. Baumann angegriffen zu sein, nicht zurückgenommen, sondern, er nachher mit Baumann und Otto noch einmal über den Vorfall gesprochen habe, ihnen erklärt, wie Baumann sich betragen habe. Dieser habe ihm dann gesagt, daß man unter „Angreifen" nur an die Kehle greifen oder an den Arm packen und hinauswerfen verstehe.

In diesem Sinne also mag die „Berichtigung" des Direktors richtig sein. Bestehen bleibt die **Tatsache**, daß er den Vertreter der Gewerkschaft an der Ausübung seines Rechts zu hindern suchte.

Willkürmaßnahmen der Direktion

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Sömmerda

Im November vorigen Jahres begannen in der Abteilung Zündergießerei die ersten Betriebseinschränkungen, weil der Betrieb mit Unterbilanz arbeitete. Aber das ist nur auf den großen Beamtenapparat und die dauernden Umbauten und Neuanschaffungen im Betrieb zurückzuführen und nicht, wie die Direktion erklärt, auf die „hohen Akkordsätze". Da die Facharbeiter sich zur Wehr setzten, gelang es der Firma nicht leicht, die Löhne herabzudrücken. Die Belegschaft wurde **von 140 auf zirka 15 Mann** reduziert. Und nun setzte die Betriebsleitung, unter der Führung des Oberingenieurs Hansen und des bekannten Obermeisters Krebs und des Speichelleckers Karl Kind, welcher, nebenbei bemerkt, ein ehemaliger Revolutionär sein wollte, die Akkordsätze um 30 bis 55 Prozent herunter. Auf dieser Grundlage setzten dann die **Akkordreduzierungen auch im Schreibmaschinen- und Rechenmaschinenbau.** Der größte Teil der Belegschaften aus den abgebauten Betrieben wurde in den Zünderbau und ins Laborierwerk überwiesen und zum Teil entlassen. Daß nicht noch weitere Entlassungen vorgenommen wurden, ist nur dem Vorgehen des Betriebsrates zuzuschreiben, der sich scharf für die Ueberweisung in andere Betriebe einsetzte.

Bis kurz vor den ersten Entlassungen wurden im Zünderbau und Laborierwerk zehn Stunden gearbeitet, teilweise noch länger. Da kein Arbeitszeitabkommen mehr bestand, verlangte der Betriebsrat und der größte Teil der Belegschaft **auch in diesen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit**, was auch durchgeführt wurde. Die Direktion versuchte nun mit allen Raffinessen in den genannten Betrieben eine freiwillige Mehrarbeit herbeizuführen. Dazu sollte folgende Bekanntmachung ihr möglichstes tun:

Bekanntmachung Nr. 212.

Zur Beseitigung von Unklarheiten weisen wir darauf hin, daß die Leistung freiwilliger Mehrarbeit nach § 11 des Arbeitszeitgesetzes nicht bestraft wird. Die im Umlauf befindlichen Gerüchte dieser Art entbehren jeder Grundlage. Im übrigen ist die Firma sich ihrer Verantwortung in dieser Beziehung vollkommen bewußt.

Sömmerda, den 2. Februar.

„Rheinmetall". Brandt. J. V.: Dr. Klaus.

Die Meister und Vorarbeiter traten an die Kollegen heran und forderten sie auf, länger dazubleiben, es geschähe ihnen doch nichts. Es fielen leider auf diese Verlockungen und den indirekten Zwang etliche Kollegen herein, hauptsächlich im Zünderbau, und so wurden am andern Tage **die Kollegen, welche nach achtstündiger Arbeitszeit die Fabrik verlassen hatten, vor den Augen aller Kollegen aufgeschrieben.** Das hatte die Wirkung, daß sich **die Zahl der Ueberstundenschieber vermehrte**, aus Angst vor der Entlassung.

Die Direktion hatte sich von der freiwillig längeren Arbeit nicht viel versprochen, das bestätigt folgendes Schreiben, das sie an die Gewerbeinspektion Erfurt schon am 27. Januar 1926 gerichtet hatte und eine gesetzliche Zusage zur Mehrarbeit verlangte:

An die Gewerbe-Inspektion II,
z. H. des Herrn Gewerberats Forchmann

Dr. Cl./Z 1. Erfurt, Daberstedter Straße 5.

Unter Bezugnahme auf Ihren gestrigen Besuch teilen wir Ihnen noch folgendes mit: Wir sind genötigt, in unseren Betrieben Rechen- u. Schreibmaschinenbau eine wesentliche Personaleinschränkung vorzunehmen, da der Absatz in diesen Betrieben so gut wie zum Stillstand gekommen ist. Wir beabsichtigen nicht, den Betrieb in diesen Abteilungen gänzlich stillzulegen, vielmehr wird ein kleinerer Teil der Belegschaft noch weiterhin beschäftigt werden, um in beschränktem Umfange die Produktion aufrechterhalten zu können. — Nichtsdestoweniger werden mehrere Maschinen zeitweilig nicht gebraucht werden können. Die überzähligen Leute werden wir, soweit es Facharbeiter sind, an denen wir naturgemäß ein erhebliches Interesse haben, nach Möglichkeit in den Betrieben unseres Zünderbaues und Laborierwerkes weiter beschäftigen, müssen dafür aber selbstverständlich eine Anzahl der dort beschäftigten ungelernten Kräfte vorübergehend entlassen. Bei den Entlassungen wird es sich voraussichtlich um 60 bis 100 Mann handeln. — Unseres Erachtens liegt eine anmeldepflichtige Betriebseinschränkung bzw. Stillegung im Sinne der Gesetze nicht vor, da eine vollkommene Stillegung der Rechen- und Schreibmaschinenabteilung nicht vorgesehen ist. — Mit Ihrem Einverständnis haben wir inzwischen 40 Leute der Erwerbslosenfürsorge vorübergehend überwiesen. Sicherheitshalber bitten wir aber, uns unter **Abkürzung der Sperrfrist** auf zwei Wochen zu gestatten, erforderlichenfalls weitere 60 bis 100 Mann aus unseren sämtlichen Betrieben zu entlassen. Wir halten es für zweckmäßig, die Genehmigung zur Entlassung auf unseren gesamten Betrieb zu erstrecken, damit wir die uns am meisten geeignet erscheinenden Leute der Produktion durch Austausch von einer Betriebsabteilung zur anderen erhalten können. Auf der anderen Seite sehen wir uns in den Betrieben der Zünderfabrikation genötigt, zuweilen Ueberstunden verfahren lassen zu müssen. Es handelt sich in diesen Betrieben darum, die für das Laborierwerk erforderlichen Arbeiten zu beschleunigen, damit einerseits die Termine gehalten werden, andererseits aber auch das Laborierwerk in die Lage versetzt wird, bei vermehrter Produktion im Zünderbau etwa 80 bis 100 Leute neu einzustellen. Die Mehrarbeiten im Zünderbau sind infolge zu geringer Zahl der vorhandenen Lehren nicht durch Vermehrung der Belegschaft zu umgehen. Die Mehrarbeit in diesen Betrieben kommt den zur Wiedereinstellung vorgesehenen Leuten insofern zugute, als diese um so eher wieder eingestellt werden können, je eher die Mehrarbeiten bewerkstelligt werden. Die Leute haben bisher derartige Arbeiten freiwillig geleistet. Der Arbeiterrat macht jedoch neuerdings Schwierigkeiten, indem er die Notwendigkeit der Entlassungen infolge der schlechten Lage in der Bureaumaschinenabteilung und auf der anderen Seite erforderlich werdende zeitweilige Mehrarbeit in dem Zünderbaubetriebe nicht einsehen will. — Da ein tarifvertragliches Arbeitszeitabkommen nicht besteht, bitten wir, gemäß § 6 des Arbeitszeitgesetzes für etwa 60 bis 80 Arbeiter unseres Gesamtbetriebes eine Mehrarbeit von täglich bis zu zwei Stunden zulassen zu wollen.

Man sieht hieraus, daß es der Direktion nur darum zu tun war, die gesetzliche Zustimmung für verlängerte Arbeitszeit zu bekommen und dann mindestens ein Drittel der gesamten Belegschaft der Erwerbslosenfürsorge zu überweisen. Bei dieser Gelegenheit würde natürlich eine genaue Auslese über die Gesamtbelegschaft vorgenommen. Bei etwaiger eintretender Konjunktur der einzelnen Abteilungen werden die überwiesenen Facharbeiter in ihre alten Betriebe zurückgefordert werden und müssen dann für die von den Betriebsleitungen und ihren Handlangern reduzierten Akkordsätze schuften, andernfalls sie mit von der Auslese, welche sich auf den Gesamtbetrieb erstrecken soll, betroffen werden. Wir rufen der einst stolzen revolutionären Belegschaft der „Rheinmetall" zu: **„Seid auf der Hut, schließt Euch fest zusammen zu einer revolutionären Einheitsfront,** welches Ihr nur erreichen könnt, wenn Ihr Euch wieder restlos organisiert. Nur dadurch könnt Ihr der Willkür der Direktion Trotz bieten und einen erfolgreichen Kampf führen. Wenn wir geschlossen kämpfen, wird es nicht mehr lange dauern!

Die kommunistische Betriebszelle.

Jeder Parteigenosse, jeder Funktionär liest die Zeitschrift:

Nr. 2

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

Der Versand in den Bezirk ist bereits erfolgt. **Fordert** bei allen Literaturobleuten und Filialen der Bezirksbuchhandlung **die neue** Nummer an. **Beschwerden** sind sofort zu melden an die

Bezirksbuchhandlung, Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14

Maßregelung eines 80% Kriegsbeschädigten

Bürstenfabrik Pöge & Co., Halle

Die Fürstenabfindungs-Kampagne veranlaßte den Kriegsbeschädigten Gottlieb Möbius, beschäftigt bei der Firma Pöge & Co., Halle, eine Belegschaftsversammlung unter Mittag einzuberufen, um über die **unerhörten Forderungen der Fürsten und kaiserlichen Deserteure** die Belegschaft zu unterrichten. Zu gleicher Zeit empfahl er der Belegschaft eine Geldsammlung durchzuführen, um die sehr hohen Forderungen, die die einzelnen Parteien in der technischen Durchführung haben, zu decken.

Eine dort beschäftigte Frau Nüm konnte ihre kriecherische Natur nicht verbergen und unterrichtete Herrn Pöge von diesen Dingen. Am Sonnabendvormittag wurden drei Arbeiter und eine Frau zum Chef gerufen, wo die Frage gestellt wurde: „Wo ist Möbius". Am Sonntagvormittag erhielt **der 80 Prozent Kriegsbeschädigte** Gottlieb Möbius, der ein künstliches Bein hat und praktisch sehr wohl über Fürstenabfindungs-Angelegenheit sich ein Urteil bilden kann, die **fristlose Entlassung** in folgender Form:

„Auf Grund unerlaubter politischer Betätigung und unzulässiger politischer Beeinflussung unserer Arbeiterschaft während der Arbeitszeit sehen wir uns genötigt, Ihnen Ihren bei uns innehabenden Posten unter sofortiger Inkrafttretung zu kündigen.

Ihre Papiere liegen bei uns zur Abholung im Lohnbureau bereit.

Hochachtungsvoll
gez.: O. Pöge."

Die unerhörte Maßregelung müßte nicht nur für die gesamte Arbeiterschaft der Firma Pöge ein Anlaß sein, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, um zum Kampfe zu rüsten, sondern die gesamte Arbeiterschaft von Halle und darüber hinaus muß die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wenn Herr Pöge meint, daß er mit dieser Maßregelung durchkommt, so muß die Arbeiterschaft ihm zeigen, daß er nicht so leicht davon kommt.

Die „Arbeiterfreundlichkeit" im Betrieb Nolle, Weißenfels

In der Maschinenfabrik **Nolle, Weißenfels,** wurde am 29. Januar ein Arbeiter totgequetscht, und zwar dadurch, daß man mittels eines Autos einen Eisenbahnwagen fortbewegen wollte. Diesen **unvorschriftsmäßigen Transport** hatte der Hofmeister Göbel zu verantworten, der sonst in seinem Feldwebelton den Arbeitern Vorschriften machen will über Zeit und Beschaffenheit der Arbeit. Dieser brutale Leuteantreiber hätte das Unvorschriftsmäßige auch wissen müssen und müßte deshalb unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden. Aber auf ein Menschenleben kommt es diesen Kapitalsknechten nicht an. Auch der Betriebsrat müßte hier zufassen und solchen Menschen das Handwerk legen.

Bei der Beerdigung des Kollegen hatte die Belegschaft und auch die Organisation dem tödlich Verunglückten das letzte Geleit gegeben. Eine Deputation trug zwei mit roten Schleifen geschmückte Kränze, die einiges Aufsehen in dem kleinen Storkau erregten. Besonders dem Pfarrer waren die Schleifen ein Dorn im Auge, und seine halbstündige Grabrede war eine wüste Hetzrede gegen alles, was anders zu denken gelernt hat.

Auch die menschenfreundliche Direktion legte ihr Veto ein, indem sie sich äußerte, ob sich die Arbeiter nicht scheuten, mit solchen „roten Lappen" auf dem Friedhof zu erscheinen, sie hätte sich geschämt, daß in ihrem Betrieb Derartiges vorkommt. — Herr Direktor, haben Sie sich auch geschämt, daß in ihrem Betriebe ein Arbeiter durch Ihr Antreibesystem totgeschunden wurde?

Wo bleibt die Scham der Direktion, wenn man den Hinterbliebenen eines in ihrem Betriebe tödlich Verunglückten Arbeiters, an dessen Tode man Mitschuld hat, ein Beileidsschreiben und ganze lumpige 25 Mark zusendet? Dabei war der Verunglückte 22 Jahre im Betrieb. Herr Direktor, hier ist Ihre Scham angebracht!

Die Menschenfreundlichkeit der Direktion zeigt sich auch gegenüber den alten Arbeitern im Betrieb, die schon 20, 25 und 30 Jahre dort beschäftigt sind, indem man deren **Lohn von 63 Pf. auf 41 Pf. herabsetzen** will. Einer Arbeiterin will man sogar 25 Pf. pro Stunde geben. Ob da bei solcher brutalen Rücksichtslosigkeit dem Direktor Walter nicht die Schamröte ins Gesicht steigt?

Angesichts dieser Zustände in diesem Betriebe müssen sich die Arbeiter restlos organisieren und auch der Betriebsrat muß mehr nach dem Rechten sehen.

Kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Zellengruppen und Zellenleitungen!

Fritz Heckert, M. d. R., spricht heute, Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Restaurationssaal, über das Thema: **Konzentration — Rationalisierung — Fordismus.** Alle Funktionäre und Betriebsvertrauensleute müssen erscheinen. **Parteibuch legitimiert.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Frauenfunktionäre

Am Mittwoch, dem 17. Februar, abends 8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine wichtige

Zusammenkunft der Frauen

statt. Tagesordnung: Vorbereitungen der Internationalen Frauenwerbewoche vom 1. bis 8. März.

Es ist Pflicht, in Anbetracht der Wichtigkeit, daß alle Genossinnen pünktlich zur Stelle sind.

Achtung, Agitpropleiter der Zellengruppen!

Die erste Sitzung der neugewählten Agitpropleiter der Zellengruppen findet am **Mittwoch**, dem 17. Februar, abends 7 Uhr, im **„Volkspark"**, Zimmer 3, statt. Für die Zellengruppen, wo noch kein Agitpropleiter gewählt ist, müssen die **Organisationsleiter** erscheinen.

BL., Abteilung Agitprop.

Seeteufel-G. m. b. H.

Von Slang

„Ein Appell an die Vaterlandsliebe ist die beste Geschäftsempfehlung." Unter Beachtung dieser sturmerprobten kaufmännischen Weisheit ist schon manches Ding gedreht worden. Die Spezialität Eckeners bestand darin, den deutschen Jungens und Mädels einzureden, daß Deutschland ausgerechnet sein Luftschiff benötige, um überhaupt atmen zu können. Graf Luckner, Seeteufel und Stahlhelmkamerad, kocht seine Suppe mit jenem Wasser, auf dem unsere Zukunft liegt. Er hat sich von dem Erlös seiner Vortragsreise angeblich einen stolzen Viermaster — „Vaterland" heißt er — bauen lassen, und will voraussichtlich Mitte März eine „Friedensfahrt um die Erde" antreten. „Das Unternehmen soll der Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt und der Wiedergewinnung unserer Kolonien dienen."

Da kann man nicht anders, als „Gute Verrichtung!" wünschen. Aber die Sache hat noch einen kleinen Haken: Ohne passende Gesellschaft ist so eine Friedensfahrt nicht zum Aushalten, wenn man bedenkt, wie hoch die See in stürmischen Nächten zu gehen pflegt. Also sucht sich der Seeteufel einen Reisebegleiter oder, wie es auf dem Plakat heißt: „Graf Luckner sucht einen tüchtigen jungen Kerl."

Das Nähere erfährt man aus dem „Jung-Stahlhelm" vom 24. Januar 1926. Wenn etwa irgendein hergelaufener Kerl denken sollte, er brauche nur „Ja" zu sagen, um an der Expedition teilnehmen zu dürfen, dann ist er im Irrtum. Der Seeteufel begnügt sich durchaus nicht mit dem kleinen Finger. Er will die ganze Hand und — was die Hauptsache ist —, die Hand darf nicht leer sein.

Wie der „Jung-Stahlhelm" meldet, ist nämlich der Viermaster noch lange nicht fahrbereit. Das Segeltuch befindet sich noch auf dem Webstuhl, und die Mastbäume grünen ahnungslos im Schwarzwald. Aber eins ist fix und fertig: „Die künstlerische Bausteinserie in Postkartenform, hergestellt vom „Stahlhelm-Verlag GmbH., Abteilung Luckner-Fahrt".

Diese Bausteine sollen Stück für Stück für 25 Pf. bis 3 Mark vertrieben werden. „An der Durchführung dieses Werkes muß in erster Linie unsere Jugend helfen, sie, deren Vorbild kräftigen Mannestums der „Seeteufel" ist." Das Wesentliche ist das Sammeln, denn den ersten Preis — also „die Teilnahme an der Vaterlandsfahrt des Grafen Luckner (Wert 20 000 Mark)" — erhält, wer bis zum 26. Februar 1926 durch Vertrieb der Stahlhelmgabe den höchsten Betrag an das Konto „Luckner-Fahrt des Stahlhelm-Verlages" abgeliefert hat. Als Trostpreise sind unter anderen ausgesetzt: die Flagge, die über dem Schiff des Grafen Luckner geweht haben wird, und eine Kleinkaliberbüchse.

Natürlich müssen auch die Schulen für die Wiedergewinnung von Kamerun interessiert werden. Professoren sind Gemütsmenschen. Diese Tatsache wurde vom Stahlhelm-Verlag bei der Abfassung seines Rundschreibens an die Schuldirektoren besonders berücksichtigt. Zwar: „Wir sind uns bewußt, daß unsere Bitte außergewöhnlich ist." Aber: „Angesichts der hohen vaterländischen Ziele, die Graf Luckner verfolgt, haben wir uns jedoch von allen hemmenden Rücksichten bei der Propagierung frei gemacht." (Eine GmbH. mit Hemmungen? — Pfui, Seeteufel!) „Mit diesem urdeutschen, prächtigen Manne die 1000 Wunder und Abenteuer fremder Welten zu erleben, ist ein Wunsch, so unausdenkbar schön... Und doch ist dieser Wunsch nicht unerfüllbar." (Siehe Konto Luckner-Fahrt.)

Und nun: Laßt uns Bausteinvertreiber werden! Beweisen wir unser urdeutsches tatkräftiges Mannestum, um den vaterländischen Seeteufel aufs Wasser und den Stahlhelm-Verlag aufs Trockne zu bringen!

Vorbereitungen zur Reichsgesundheitswoche

Das zuständige Dezernat der Stadt Halle hatte gestern die interessierten Körperschaften, Vereine und Personen für die im April geplante Reichsgesundheitswoche zu einer Vorbesprechung eingeladen, um mit Hilfe dieses Ausschusses und den verschiedenen Unterkommissionen die notwendigen Vorarbeiten in Angriff nehmen zu können. Vertreten waren unter anderm die hallischen Aerzte, die Krankenkasse, die Handelskammer, die Abstinenzler, das Arbeitersportkartell sowie die gesamte hallische Presse.

Stadtschularzt Dr. Schnell eröffnete die Sitzung und gab eingangs einen kurzen Ueberblick über die Vorgeschichte dieser Veranstaltung im Reichsmaßstabe. Hiernach haben ähnliche Veranstaltungen im Vorjahre bereits in Berlin und Gelsenkirchen stattgefunden, deren **verhältnismäßig günstige Erfolge für das Reichsgesundheitsministerium ausschlaggebend waren, eine solche Veranstaltung im Reichsmaßstabe durchzuführen. Auch in Amerika** soll in dieser Beziehung Hervorragendes geleistet sein, wenn auch **die dortigen verschiedenen Werbemittel aus vielerlei Gründen für** Deutschland nicht in Frage kämen. Ganz besonders wies der Referent darauf hin, daß die **Reichsgesundheitswoche** hauptsächlich den Zweck haben müsse, **die bedürftigen Kreise zu erfassen und sie zu einer systematischen Körperpflege anzuregen.** Aus diesem Grunde soll auch, soweit als irgend möglich, jede Veranstaltung in diesem Rahmen völlig kostenlos für Beschauer und Interessenten sein. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung für diese Zwecke den Beitrag von 10 000 Mk. zur Verfügung gestellt, der selbstverständlich schwerlich ausreichen wird, um eine wirklich erfolgreiche und großzügige hygienische Aufklärung zu finanzieren. Die Reichsgesundheitswoche selbst wird Vorträge, Vorführung von Aufklärungsfilmen und hauptsächlich eine große Ausstellung mit sich bringen. Als Ausstellungsräume kommen höchstwahrscheinlich die Turnhallen und Fechtböden in der Moritzburg in Frage. Es wurden dann sofort einige Unterkommissionen bestimmt, die, sachgemäß zusammengesetzt, die **Vorarbeiten erledigen** sollen. Die Diskussion **drehte sich mehr um Nebensächlichkeiten**, da über das zur Debatte **stehende** Grundproblem Uebereinstimmung herrschte. Genosse Oertel, als Vertreter des Arbeitersportkartells, wies auf die vielseitige fortschrittliche Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen in bezug auf die Körperpflege hin und insbesondere auf den Olympiadefilm, der von dem Erfolg dieser Arbeiten das beste Zeugnis gibt. Der Ausschuß war nicht abgeneigt, diesen Film auch zur Reichsgesundheitswoche vorführen zu lassen. Genosse Oertel wies dann noch ganz besonders auf **die Haltung der beiden größten Kinos in Halle, die Ufa- und C.T.-Lichtspiele hin, die bedauerlicherweise derartigen gemeinnützigen Bestrebungen sehr wenig Interesse entgegenbrächten und durch Vorführung ihrer Kitschfilme gerade nicht zur Gesundung, Aufklärung und körperlichen Ertüchtigung der Jugend beitragen.** Er empfahl, diesen beiden Theatern einmal etwas mehr auf die Finger zu sehen. Nachdem die verschiedenen Kommissionen gebildet waren, wurde **gegen 8 Uhr abends die Sitzung geschlossen. Zur Vertretung des** Herrn Dr. Schnell, der längere Zeit von Halle abwesend sein wird, wurde Herr Dr. Nebert bestimmt.

An sich ist dem Plan, eine Reichsgesundheitswoche zu veranstalten, völlig zuzustimmen, obwohl ja der Erfolg sehr in Frage steht. In erster Linie hätte die Regierung die Pflicht, auf die Unternehmer einzuwirken, die durch ihre rücksichtslose und brutale Ausbeutung den arbeitenden Schichten jede Möglichkeit nehmen, gesundheitsmäßig zu leben. Aber auch der Staat selbst trägt an den immer mehr und mehr um sich greifenden Seuchen und Krankheiten einen großen Teil Schuld. Die geringen Unterstützungen für die Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Rentenempfänger machen jede Gesundheitspflege wirkungslos und bieten den Krankheitskeimen den denkbar besten Nährboden. **Will man die Volksgesundheit wirklich fördern, dann enteigne man die ehemaligen Fürsten und bringe die hierdurch flüssig gemachten Mittel entsprechend zur Anwendung.**

Die Nähstube der IAH. in Betrieb

Während die Kapitalisten seit Monaten ihre Produktion einschränken und die Betriebe schließen, wurde gestern abend ein neuer „Betrieb" eröffnet. Allerdings keiner, der Profit aus der Ausbeutung der Mitmenschen erraffen will. Das „Betriebskapital" hat keine Bank bereitgestellt, sondern wurde in mühevoller, wochenlanger Arbeit von Menschen aufgebracht, die kaum selbst etwas zu beißen und zu brechen haben. Die proletarische Solidarität ist lebendig. Das bewies die gestrige Eröffnungsfeier der Nähstube in der Johannesschule. 80 Freunde, zum allergrößten Teil Frauen und Mädchen, waren in der Johannesschule erschienen, um ihr Interesse an der Tätigkeit der IAH. zu bekunden. „Wir reichen Dir die Hand zum Bunde" sang der hallische Frauen- und Mädchen-Chor, ferner „Wir Frauen gehen frisch voran".

In einer kurzen Ansprache zog Genossin Herrmann eine Parallele zwischen der proletarischen Hilfsbereitschaft, die die hallischen Frauen 1921 anläßlich der russischen Hungersnot bekundeten und unserer jetzt neugegründeten Nähstube. In der damals gegründeten Nähstube wurden große Mengen Kleidungsstücke und Wäsche für unsere russischen Brüder hergestellt. Sie haben es uns tausendfach gedankt durch Uebersendung von Getreide, Unterstützung der politischen Gefangenen usw. **Ganz besonders aber durch die Verteidigung der Errungenschaften ihrer Revolution.** Der kapitalistische Wahnsinn hat ungeheures Elend in Deutschland geschaffen. Die Hilfe des Staates und der Kommunen ist unzulänglich. Die Kapitalisten gehen kalt und herzlos über Not und Hunger der werktätigen Massen hinweg. Ihre „**Wohltätigkeit**" ist eine schamlose Heuchelei.

Wir wollen der Welt beweisen — sprach die Genossin Herrmann, daß die Werktätigen die einzigsten sind, die nicht nur Verständnis für das Schicksal der Hungernden haben, sondern auch den Willen, ihnen zu helfen. Wir erwarten keinen Dank in klingender Münze, sondern die freudigen Blicke der Frauen und Kinder unserer notleidenden Brüder werden uns immer wieder zu neuer Tätigkeit anspornen.

Mit dem gemeinschaftlich gesungenen Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", fand die außerordentlich wirkungsvolle Feier ihren Abschluß. Heute nachmittag 3½ Uhr werden die Frauen ihre Tätigkeit beginnen.

* **Achtung, Holzarbeiter.** Am Donnerstag, dem 18. d. M., vormittags 10½ Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung der erwerbslosen Holzarbeiter statt mit der Tagesordnung: „Der Leipziger Schiedsspruch und unsere Stellung dazu. Alle Holzarbeiter haben zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

* **Kommunistische Zimmerer!** Am Mittwoch, dem 17. Februar, vormittags 10 Uhr, im Produktiv-Genossenschafts-Saal, Lerchenfeldstraße, Fraktionssitzung. Alle Genossen müssen erscheinen.

Die Fraktionsleitung.

Für entschädigungslose Fürstenenteignung!

Die Arbeiter-Esperantisten von Mitteldeutschland haben in ihrer Distriktskonferenz am 14. Februar 1926 im „Volkshaus" in Leipzig einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die freche Herausforderung der einstmaligen deutschen Fürsten erfordert eine geschlossene Front aller arbeitenden Schichten. Die versammelten Arbeiter-Esperantisten stellen sich restlos hinter die Kampagne für entschädigungslose Fürstenenteignung und werden alles aufbieten zur Stärkung der zustande gekommenen einheitlichen Abwehrfront.

Keinen Pfennig den Fürsten!

Dafür Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen für Arbeitslose, Kriegsbeschädigte, Erwerbsbeschränkte, Erholungsbedürftige usw. Es lebe die einheitliche Kampffront aller Ausgebeuteten!

Die Invaliden für Volksentscheid und Rentenerhöhung

Am Sonntag, dem 14. Februar 1926, vormittags 10 Uhr, fand im „Volkspark" eine öffentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden statt, die sehr gut besucht war. Die Sozialrentner Halles beschäftigten sich mit der Frage der Fürstenabfindung. Vom Kollegen Schoenlank wurde das Verhalten der Fürsten gebührend gebrandmarkt. In derselben Zeit, in der deutsche Gerichte den Fürsten ungeheure Abfindungen zuschanzen, haben die Fürsorgeverbände ein vom Reichstag angenommenes Gesetz, daß zur Erhöhung der Sozialrenten bestimmt war, dazu benutzt, diese Renten stark zu kürzen. Mit diesem Unfuge müsse aufgeräumt werden. Die Invaliden treten ein für den Volksentscheid und für Erhöhung der Renten.

Kollege Becker erstattete den Bericht über die Gaukonferenz und schilderte die erfreuliche Aufwärtsbewegung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden.

Es setzte eine lebhafte Aussprache ein, in der an der Hand von praktischen Beispielen, die in der Arbeit ergrauten, jetzt erwerbsunfähigen Kollegen nachwiesen, wie mit ihnen Schindluder getrieben werde. Ein ehemaliger Eisenbahner erzählte, daß er bei der Neuberechnung der Unfallrenten für 6 Monate eine Nachzahlung, man höre und staune, von 0,68 Mk. erhalten habe. Selbst der auszahlende Postbeamte hätte geglaubt, es handle sich um einen Schreibfehler und die Null müsse vorn entfernt werden. Die Aussprache bewies, daß die meist durch die Arbeiterbewegung gegangenen Sozialrentner noch recht gut verstehen, ihre Forderungen in knappen und schlichten Worten vorzutragen. Manch jüngerer Arbeiter könnte davon etwas lernen. Es wurde dann folgende Entschließung angenommen:

Die Sozialrenter Halles stellen sich mit der ganzen Kraft ihrer Organisation hinter die Volksentscheidsbewegung. Sie äußern ihre tiefe Entrüstung über das unerhörte Ansinnen der deutschen Fürsten. Sie verlangen eine Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten.

Nach der Versammlung wurde den alten Väterchen und Mütterchen noch eine künstlerische Morgenfeier geboten, in der die Sängerin Frau Ludwig und der Pianist Herr Hönicke ihr Bestes boten. Ein Quartett und die Darbietungen des Humoristen Gehr bereiteten den Anwesenden einige heitere Stunden.

Ein „dankbarer" Arbeitgeber

In der Inflationszeit hatte sich in Halle eine Firma unter der Bezeichnung „Mitteldeutsche Sack-Industrie GmbH." gegründet. Die Inhaber dieser Gesellschaft waren ein Kaufmann aus Barmen namens Busche und ein zweiter aus Halle namens Kleinau. Busche lieh dem Kleinau zur Gründung des Geschäfts erst einen Betrag von 60 000 Mark. Klenau fungierte außerdem als Geschäftsführer des Unternehmens. Er verstand es ausgezeichnet, Geschäfte zu tätigen, denn er war bald in der Lage, sich ein eigenes Haus, ein Auto und dergleichen anzuschaffen. Im Geschäft ließ er sich wochenlang nicht sehen lassen haben. Der zweite Gesellschafter merkte aber bald, daß er von seinem Kompagnon und Geschäftsführer hintergangen wurde und stellte des öfteren Unregelmäßigkeiten in den Büchern, sowie auch im Lagerbestand fest. Aus diesem Grunde löste er die Gesellschaft auf und trennte sich von seinem Teilhaber. In einem Zivilprozeß kamen allerlei dunkle Geschäfte des Kleinau zur Sprache, für die sich wohl noch die Staatsanwaltschaft interessieren wird. In diesem Prozeß trat auch ein Angestellter der Firma als Zeuge auf, der seinen früheren Chef stark belastete. Unter anderem war in einem der Geschäftsbücher eine Radierung bemerkt worden, die nach Angaben des jetzigen Angeklagten Wolf von Kleinau selbst vorgenommen sein soll. Kleinau, dem man in verschiedenen Fällen Verfehlungen nachweisen konnte, bestritt diesen Fall aber ganz entschieden und veranlaßte jetzt gegen seinen früheren Angestellten, der in seiner Hand wie Wachs war und sich zu jeder strafbaren Handlung hergegeben hatte, einen Meineidsprozeß, der gestern vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kam.

Das Gericht glaubte feststellen zu können, daß sich der Angeklagte tatsächlich eines Falscheides schuldig gemacht habe. Es liegt aber auch auf der Hand, daß, wenn die Radierung in dem Geschäftsbuch tatsächlich von dem Angeklagten selbst vorgenommen wurde, dies nur auf Veranlassung des Kleinau geschehen sein kann, da ja nur dieser ein Interesse daran haben konnte. Der Angeklagte hätte sich in dem Zivilprozeß selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen müssen, hätte er die Radierung als von sich geschehen zugegeben. Er bleibt übrigens auch heute noch bei seiner Behauptung, daß Kleinau die Radierung zuerst selbst vorgenommen habe. Er selbst will später nur noch einmal den Betrag weggradiert haben, um seine Handschrift an Stelle die des Kleinau zu setzen. Er wurde unter Bewilligung mildernder Umstände zu einer **Gefängnisstrafe von drei Monaten** und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von einem Jahr beantragt.

Bechers Gasbuch verboten

Auf Grund einer Verfügung des Oberreichsanwalts wurde das Gaskriegsbuch „Levisite oder Der einzig gerechte Krieg" des Genossen Johannes R. Becher beschlagnahmt. Die Polizei nahm eine Haussuchung in der Wohnung des Genossen Becher vor, in der sie nach dem Verlagsvertrag und den Verbindungen mit der Partei des Genossen Becher forschte. Sie hatte bereits einen Schlosser geholt, um in Abwesenheit des Genossen Becher seine Wohnung aufzusprengen, als Genosse Becher selbst eintraf. Eine Haussuchung in der Buchhandlung der Viva in der Rosenthaler Straße führte zur Beschlagnahme von nur wenigen vorhandenen Exemplaren, auch in den Verlagsräumen des Viva-Verlags wurden nur einige Exemplare bei einer Haussuchung gefunden. — Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß diese Beschlagnahme und das Vorgehen der Polizei im Zusammenhang steht mit der Rede, die der Genosse Johannes R. Becher vor wenigen Tagen in der Berliner Versammlung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller hielt. Auf den Appell an die notleidenden Schriftsteller, sich in die vorderste Front des revolutionären Proletariats zu stellen, antwortet die Regierung des gegenwärtigen Staates mit der Beschlagnahme des Gaskriegsromans, mit den schamlosen Verfolgungen der revolutionären Kunst.

Ueberfüllte Vorführungen des russischen Films „Sein Mahnruf"

Freitag, Sonnabend und Sonntag war das „Biophon-Theater" in der Großen Ulrichstraße sehr stark besucht, zeitweise überfüllt. Am Sonntag fanden fünf Vorführungen statt.

Der Inhaber des Theaters versucht in anerkennenswerter Weise die Wirkungen des Films auf die Zuschauer zu erhöhen. Neben einem verstärkten Orchester trug am Sonntag eine Sängerin das Wolgalied vor. Die Sängerin wird auch heute singen. Am Sonntagnachmittag waren Delegationen aus Weißenfels und Berlin anwesend, um den Film kennen zu lernen. Der Sekretär der IAH., Höcker, hat bei einigen Vorführungen in einer Ansprache den Inhalt und die Bedeutung dieses Films dargelegt.

„Sein Mahnruf" läuft im Biophon-Theater bis einschließlich Mittwoch dieser Woche.

Larissa Reißner

Aus Moskau kommt die Nachricht, daß die russische Schriftstellerin Larissa Reißner an den Folgen eines Bauchtyphus gestorben ist. In der Person der jung dahingegangenen Genossin Reißner verliert die Arbeiterschaft einen wertvollen Mitstreiter und Mitarbeiter. Sie stellte den Typus einer proletarischen revolutionären Journalistin dar, wie ihn das kapitalistische Europa überhaupt nicht kennt. Larissa Reißner war von Haus aus keine Proletarierin. Ihr Vater, Professor Reißner, ist ein bekannter Gelehrter, sie selbst bekam eine hochintellektuelle Erziehung, aber ihr ganzes Wirken und Schaffen ist ein Ausdruck und ein Produkt des neuen proletarischen Rußland. Sie schrieb über die Revolution, über den Bürgerkrieg, über das Leben der Arbeitenden, das Werden des neuen Rußland, sie beschrieb nicht allein all das, sondern erlebte es mit, kämpfe mit. Ihre Schilderung von der Front des Bürgerkrieges, in dessen Feuer sie gestanden hatte, ihre Beschreibungen der Bergwerke und Fabriken verflechten sich bei ihr, zusammen mit dem Naturerlebnis, zu einer neuen Art von Schöpfung, in der Schauen und Schaffen verschmelzen. Sie kroch wochenlang in den Schächten des Donezbeckens herum, bevor sie ihre Schilderungen in der „Prawda" veröffentlichte, sie lebte mit den Uralarbeitern, deren Leben sie in der Presse beschrieb.

Wir in Deutschland kennen ihre Bücher in Uebersetzung. „Hamburg auf den Barrikaden", das sie geschrieben hatte auf Grund ihrer eigenen Erlebnisse während des Hamburger Aufstandes, wurde vom Staatsanwalt verboten. Sie schrieb in russischen Zeitungen über das Leben des deutschen Proletariats, das sie aus eigener Erfahrung kannte. Von Turkestan bis zum Rhein sah Larissa Reißner die Arbeiterklasse und ihre Not und ihren Kampf. Und wenn sie selbst auch in der literarischen Form keine Proletarierin war, so gehörte sie zu jenen Intellektuellen, die zu den besten Bundesgenossen des Proletariats geworden sind.

Theater und Konzerte

Stadttheater. In der heute stattfindenden Uraufführung der Oper „Dona pacem" von Kurt Stiebitz sind in den Hauptpartien beschäftigt die Damen ... und Strempel, die Herren Böhmer, Benktander, Henze, Kathammer, ... Musikalische Leitung Generalmusikdirektor Erich Band. Bühneneinrichtung: Spielleiter A. W. Koesler.

Shaws „Zurück zu Methusalem" muß infolge Erkrankung um einige Wochen verschoben werden. Statt dessen geht am kommenden Freitag zum ersten Male die komische Tragödie „Die Gabe Gottes" von Moritz Goldstein in Szene.

Volksbühne. Zu der Hauptprobe der romantischen Kantate „Von deutscher Seele" von Hans Pfitzner, aufgeführt von der Robert-Franz-Singakademie unter Leitung von Prof. Dr. Rahlwes, am Sonntag, 21. Februar, 11 Uhr vormittags, im Stadttheater erhalten unsere Mitglieder Karten zu 50 Pf. und 1 M. in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Volksbühne. Zu dem Liederabend von Agnes Leydhecker (Berlin) am ... dem 17. Februar, 8 Uhr, in der „Degenloge" sind noch Karten am Saaleingang zu haben. Für die Hauptprobe von Pfitzners „Deutsche Seele" am Sonntag, 21. Februar, 11 Uhr, im Stadttheater erhalten unsere Mitglieder Karten zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0006

Jugend Halles, heraus zum Protest!

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark".

gegen die Verpachtung der Bergschenke! Für die Freistellung der Bergschenke als Jugendheim! **Alles muß erscheinen.**

...steht jedenfalls, daß der eigentliche Urheber dieses ganzen ...fahrens der Geschäftsführer und Mitinhaber der GmbH., Klei... war und ebenso fest steht auch, daß dieser den Strafantrag ...den Angeklagten nur aus niedrigen Motiven, nämlich aus ...stellte. Das ist der charakteristische Unternehmertyp, den fast ...Werktätige kennt. Die Herrschaften mißbrauchen erst ihre ...stellten und Arbeiter und fordern von diesen sehr häufig straf... Handlungen. Später entpuppen sie sich dann noch obendrein ...Denunzianten und bringen ihre Ausbeutungsobjekte in die ...häuser. Die werktätige Bevölkerung sollte auch hieraus ihre ...ziehen und sich in ihrer politischen Meinung und Hand... ganz scharf von dieser Gesellschaft trennen. Nur ein rücksichts... Klassenkampf ist geeignet, einen wirksamen Kampf gegen diese ...blüten der Inflation zu führen.

Die Wahrheit sagen ist Arbeitsverweigerung

...Arbeiter Aehle wurde vom Arbeitsamt nach Bruckdorf ...um im Bergbau zu arbeiten. Aehle erklärte dem Betriebs... des Werkes, daß er das rechte Bein vor Jahren gebrochen ...er könne die schwersten Arbeiten nicht verrichten. Der Be...leiter wies daraufhin den Arbeiter ab und vermerkte auf den ...: „Wird nicht eingestellt." Das Arbeitsamt erblickt darin ...Arbeitsverweigerung und stellt die Unterstützung ein. In der ...Republik werden also die Arbeiter selbst durch Behörden ...Lügen angehalten, indem sie ihre Fehler verschweigen sollen. ...ist vollkommen ungesetzlich.

Aus unserer Rechtsauskunft

...denersatz für fehlendes Werkzeug

...abzüge für fehlendes Werkzeug braucht sich der Arbeiter bei ...lassung nur dann gefallen zu lassen, wenn der Arbeitgeber den ...antreten kann, daß das Werkzeug, das dem Arbeiter über... wurde, von diesem oder durch seine absichtliche Veranlassung ...der Fabrik fortgeschafft ist. In den überaus meisten Fällen ...ein Arbeiter ein ihm fehlendes Werkzeug seinem Kollegen ...weg und verwendet es zur Arbeit im Betrieb. Eine ...digung des Arbeitgebers liegt nicht vor, und nur für die ab... oder fahrlässige Schädigung haftet der Arbeiter (§ 823 ...).

...Antragstellung

...Unfallverletzte soll den Antrag auf Rente bei der Berufs...schaft selbst stellen. Die Unfallmeldung durch den Arbeit... kein Antrag, ebenso nicht die Meldung durch die Polizei. ...trag ist binnen zweier Jahre nach dem Unfall zu stellen ...RVO.). Nach Ablauf dieser Frist kann der Antrag nur ...stellt werden, wenn eine Verschlimmerung eintritt und dann ...innerhalb dreier Monate, nachdem die Verschlimmerung ...bar wird (§ 1547).

...beitspfand

...der Hingabe von Darlehen können ein oder mehrere Gegen... als Pfand zur Sicherung der Forderung gegeben werden ...BGB.). Wirksam wird das Pfandrecht nur, wenn der ...dem Gläubiger die verpfändete Sache übergibt oder ihm ...recht in der Weise einräumt, daß der Gläubiger das ...unter dem Mitverschluß hat. Ein gerichtlicher oder nota... Vertrag ist nicht erforderlich. Es genügt die mündliche Ver... Sicherer ist jedoch ein schriftlicher Vertrag. Der Gläu... ...das Pfand mietweise dem Schuldner überlassen.

...liche Kinder, Erziehungsrecht

...Pflicht, aber auch das Recht, für das uneheliche Kind erziehe... sorgen, hat die Kindesmutter (§ 1707 BGB.). Der ...hat an das uneheliche Kind kein Recht. Er kann nicht die ...gabe des Kindes verlangen, um es selbst zu pflegen. Der ...kann das Kind durch den Vormund und besonders durch das ...schaftsgericht genommen werden, wenn erwiesen ist, daß ...zur Erziehung des Kindes unfähig ist.

...versicherung gegen Krankheit

...bei einer Krankenkasse auf Grund eines Arbeitsverhältnisses ...Ausscheiden sechs Wochen versichert war, oder wer in den ...zwölf Monaten vor dem Ausscheiden mindestens 26 Wochen ...Krankheit versichert war, kann sich bei der letzten Kranken...weiter versichern. Der Antrag muß innerhalb dreier Wochen ...Kasse gestellt sein. Wirklich vor Nachteilen schützt sich nur ...sofort nach dem Ausscheiden die Weiterversicherung be... (§ 313 RVO.). Wer wegen Krankheit aus der Arbeit aus... kann sich in der gleichen Frist weiter versichern.

...ngkeit

...Strafbarkeit gehört das Bewußtsein des strafbaren Handelns. ...weiß, daß er eine Straftat begeht, geht straflos aus. ...A. kauft eines Tages eine Parzelle Kartoffeln. In der ...mmerung will er noch Kartoffeln holen. In der Dunkel... ...er oder das Grenzzeichen ist entfernt und gräbt auf dem ...des B. Kartoffeln aus. Er geht straflos aus, weil er den ...nicht kannte, daß er sich auf einem fremden Grundstück ...Er muß jedoch vorsichtig sein, daß ihm nicht nachgewiesen ...kann, daß er aus Fahrlässigkeit sich irrte, z. B. wie beim ...in völliger Dunkelheit.

...Beispiel: X sieht ein Gewehr stehen, glaubt es sei ungeladen, ...weise auf Y an, drückt ab und erschießt ihn. Hier liegt ...fahrlässiger Mord vor. X mußte mit der Möglichkeit ...daß das Gewehr geladen war. Er handelte fahrlässig, ...sich nicht überzeugte. Nichtkenntnis des Gesetzes schützt nie ...sondern nur das Nichtkennen eines Tatumstandes, durch ...zur Straftat wird (§ 59 StrGB.).

*

...weisen unsere Leser nochmals darauf hin, daß wir außer ...nur nachmittags von 3 bis 7 Uhr persönliche ...erteilen. Wir bitten besonders die Leser aus der halli... ...gebung, nicht an den Vormittagen die Auskunft... ...besuchen. An den Sonnabenden findet die Sprechstunde ...statt. Dafür ist nachmittags geschlossen. Bei schrift... ...fragen ist stets Rückporto beizufügen. Ohne Rückporto ...wir keine Auskunft.

Hallische Tageschronik

Kleine Ursachen — große Wirkung

Am 12. Februar, gegen 2.45 Uhr nachmittags, entstand in einer Küche in einem Grundstück in der Burgstraße dadurch eine Explosion, daß siedendes Fett in einem Topf, der auf einem Gaskocher stand, überlief und die Flamme in den Topf schlug. Durch die Explosion wurde die Korridortüre gesprengt und im Schornstein Risse hervorgerufen. Personen wurden nicht verletzt. Ein hinzugezogener Sachverständiger gab sein Gutachten dahin ab, daß sich beim Verbrennen des Fettes Rußmassen gebildet haben, die durch Entzündung die Explosion hervorriefen.

Neue Gebühren für Wohnungsanfragen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem mit Zustimmung des Finanzministers ergangenen Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern entnimmt, sind für die Beantwortung von Wohnungsanfragen durch die polizeilichen Einwohnermeldeämter mit Wirkung vom 1. März d. J. ab Gebühren nach folgenden Sätzen für den Einzelfall zu erheben:

a) soweit die Angaben aus Registern, Listen, Karteien, Akten usw. der Einwohnermeldeämter gemacht werden können, 0,50 RM.;

b) sofern Nachfragen, Ermittlungen usw. erforderlich sind, 1 RM. In ganz besonderen Ausnahmefällen kann aus sachlichen oder persönlichen Billigkeitsgründen von der Gebührenerhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden.

* **Die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle a. d. S.** weist darauf hin, daß Beiträge an der Tageskasse nur noch Montags bis Donnerstags entgegengenommen werden. Für freiwillige und unständige Mitglieder findet ab 16. bis Ende jeden Monats keine Beitragsannahme statt.

* **Das Stadtgesundheitsamt** gibt bekannt, daß die Besuchsstunde im Stadtkrankenhaus, Abt. A, in Zukunft Sonntags und Dienstags nachmittags 4 bis 5 Uhr stattfindet.

Ammendorf

Gemeindevertreter-Sitzung. Am 12. Februar fand in der „Broihanschenke" die Gemeindevertreter-Sitzung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag des Erwerbslosenrates behandelt. Die Dringlichkeit wurde bejaht und der Antrag unter Punkt 11 in die Tagesordnung eingesetzt. Es wurde unter Punkt 2 der Neubau einer Schule und die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark behandelt. Von unserer Fraktion wurde aus Gründen der Zentralisation und weil es sich nötig macht, daß für die Gemeindeverwaltung ein Gebäude frei wird, dem Projekt zugestimmt. Der Ordnungsblock war gegen die Annahme einer Anleihe, und der Neubau sollte so durchgeführt werden, wie die Mittel in der Gemeinde vorhanden sind. Für diese Herren kommt nur in Frage, wie sie wohnen und daß ihre Kinder eine gute Schule haben, für Proletenkinder soll nie etwas übrig sein. Auch die SPD.-Fraktion war für das Projekt, bei der Abstimmung ergab es sich, wie lendenlahm der Ordnungsblock ist, er stimmte doch mit für die Aufnahme einer Anleihe. Unter Punkt 3 wurde die Nachbewilligung von 2678 Mark zur Dampfheizung im Feuerwehrdepot behandelt. Hier konnte man wirklich sehen, wie die Ordnung aussieht, welche die Herren von der Rechten wollen. Herr Just vom Ordnungsblock war als Sachverständiger beauftragt worden, die Arbeit zu überwachen. Im Voranschlag waren 1600 Mark angegeben und dann sind über 5000 Mark ausgegeben worden, ohne daß die Gemeindevertretung oder die Finanzkommission davon in Kenntnis gesetzt worden ist. Von unserer Fraktion wurde gegen solche Methoden opponiert. Der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen wurde dann behandelt, welcher im ersten Absatz die Ausführung der Notstandsarbeiten vorsieht, und zwar soll der westliche Weg von der Schachtstraße bis zum Rosengarten gepflastert werden. Der östliche Graben soll zugeschüttet werden. Zu den Notstandsarbeiten sollen der Staat und die Ueberlandbahn mit herangezogen werden, damit die Gemeinde so viel wie möglich entlastet wird. Die Ausführung wird sich auf 150 000 Mark belaufen. Durch diese Arbeit werden ungefähr 90 Erwerbslose 50 Tage beschäftigt.

Petersberg

Gemeindevertretersitzung. Am 14. Februar war es, abends 8 Uhr, als sich der Gemeindevorsteher Ulrich so köstlich blamierte. Außer sieben Vertretern und Herrn Ulrich hatten sich zahlreiche Erwerbslose eingefunden. Es liegt ein Antrag des Vertreters Kleeblatt vor, welcher besagt, die Kirchensteuer aus der Gemeindekasse zu bezahlen, der Gemeindevorsteher Ulrich empfiehlt Annahme. Von unseren Genossen O. Birke und K. Schmidt erfolgt heftiger Widerspruch. Genosse Birke meint, wer ins Kino gehen will, muß bezahlen, und so ist es auch mit der Kirche. Der Antrag wurde abgelehnt. Im nächsten Punkt, Wahl einer Kommission zur Feststellung des Wertes der Wohnungen im Ort, meinte der Gemeindevorsteher, diese Kommission wäre nicht nötig. Unsere Genossen waren jedoch anderer Meinung. Es wurden die Genossen Schmidt und Hennig gewählt. Dann kam man zum nächsten Punkt: Herr Petersdorff vom hallischen „Volksblatt" hat ein Heft mit Begleitschreiben versandt. Im Begleitschreiben empfiehlt Herr Petersdorff in sich überstürzenden Höflichkeits- und Hochachtungsfloskeln dieses Heft. Wahrscheinlich sind es ADGB.-Bibeln. Unsere Genossen wollten dies Heft nicht sehen, es wurde abgewiesen gegen die Stimmen der Bürgerlichen. Ein aus voriger Sitzung vom Gemeindevorsteher sabotierter Beschluß zwecks Vorstelligwerdens bei der Regierung in Merseburg (betrifft Wasserversorgung des Ortes) wurde wiederum beschlossen. Im Punkt: Verschiedenes wurde das größte **Mißtrauen gegen den Gemeindevorsteher** sogar von bürgerlicher Seite laut wegen seines Verhaltens gegen die Erwerbslosen. Ulrich glaubte sich durch allerlei Mätzchen herausschwindeln zu können, aber zahlreiche Zurufe der Erwerbslosen entlarvten ihn. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution

Die Gemeindevertreter der Gemeinde Petersberg erheben schärfsten Protest dagegen, daß Millionen Geldes und Tausende von Morgen Land den abgedankten Fürsten hingeworfen werden sollen. In einer Zeit, wo ein großer Teil unseres Volkes obdachlos, erwerbslos und völlig mittellos ist, darf es nicht vorkommen, daß auch nur eines Pfennigs Wert den Fürsten bewilligt wird.

Dieskau

Die Eisenbahnstation. Das Sparsystem bei der Dawes-Bahn scheint auch bei der hiesigen Station Platz zu greifen. Seit etwa 8 Tagen ist die Station von abends 8 bis morgens früh von dem reisenden Publikum nicht mehr zu finden, weil sie in volles Dunkel gehüllt ist. Die Reisenden können beim Aufgang der Vortreppe Hals und Beine brechen, danach fragt die Direktion aber nicht. Soweit hier in Erfahrung gebracht werden konnte, soll die Lampe auf der Vortreppe auf höherer Anweisung totgelegt sein. Wenn die Dawes-Bahn schon auf Kosten des reisenden Publikums mit der Einschränkung einer Beleuchtung sparen will, muß es doch recht traurig bestellt sein oder will man hierbei die hohen Löhne der vielen Räte bei der hallischen Direktion herausholen? Das Vertrauen zu einer Verkehrsanstalt dürfte aber hierbei nicht gewahrt sein. Herr Landjäger Weichkopf, hier gibt es Arbeit, vielleicht haben Sie eine Lampe für die Dawes-Bahn zur Verfügung? Sie sind doch sonst so helle.

Lettin-Dölau

Neue Motorfeuerspritze und Krankenauto. In dem Feuerwehrgerätehaus zu Dölau hat nun auch eine 32 PS-Motorfeuerspritze und ein Krankenauto, welches zugleich als Zugmaschine und Mannschaftswagen bei Ueberlandfahrten der Motorspritze dient, Platz gefunden. Beide Geräte sind von den Gemeinden des Amtsbezirks Lettin gemeinsam angeschafft worden. Die Uebergabe fand am letzten Sonntag statt. Der Amtsbezirk Lettin ist der einzige Bezirk im Saalkreis, in dem alle Gemeinden freiwillige Feuerwehren besitzen und deren Feuerwehren, namentlich in den beiden größeren Gemeinden Dölau und Lettin, auch sehr gut ausgerüstet, sowie die Anschoffung des Krankenautos und der modernen 32 PS-Motorfeuerspritze ist ein besonders anerkennenswertes Verdienst des Amtsvorstehers Hirschfeld in Lettin. Möge anderen Bezirken und größeren Orten die moderne Feuerlöscheinrichtung und auch die sanitäre Einrichtung des Amtsbezirks Lettin zum Vorbild dienen.

Zscherben

Wieder eine Pleite. Wir konnten kürzlich berichten, daß der hiesige Stahlhelm aufgelöst ist. Unser Artikel ist den Völkischen tüchtig in die Glieder gefahren. Am letzten Mittwoch veranstaltete nun der Wehrwolf eine Werbeversammlung. Wären nicht 20 Arbeiter erschienen, so hätten die 10 Anhänger Platz an einem Tische gehabt. Der Redner, ein gewisser Pfeifer aus Halle, hielt ein Referat von 18 Minuten. Nicht einmal seine Anhänger hatten Interesse daran.

Unserm Genossen Jany fiel es nicht schwer, den anwesenden Arbeitern die Absichten der Völkischen und unsere Stellung dazu klarzumachen. Der Referent war nicht fähig, noch ein Schlußwort zu halten. Die Versammlung hat kaum eine Stunde gedauert.

Am Freitag wurden die Schäfchen des eingeschlafenen Stahlhelms geladen, um eine neue Ortsgruppe zu gründen, es war jedoch kaum ein halbes Bäckerdutzend erschienen. Aber Springer, Ernst, darf kein Führer mehr sein. Ueber den weiteren Verlauf sind wir noch nicht informiert, aber die bösen Kommunisten sind ja überall und sie werden zur rechten Zeit noch genügend Material veröffentlichen.

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen

müssen am Freitag, im „Volkspark" zur

Abfindung der Fürsten

beim

„Roten Rummel"

kommen. Wer

Wilhelm von Doorn

und seinen Sohn, den

Schürzenjäger von Oels

sehen will, muß erscheinen.

Eintrittskarten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.

Kommunistischer Jugendverband Halle.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Am Mittwochnachmittag 3 Uhr findet zum letzten Male die Kinoaufführung „Sein Mahnruf" im Biophon-Kino, Große Ulrichstraße, statt. Den Kindern, die sich diesen Film noch ansehen wollen, geben wir dies hiermit zur Kenntnis.

Arbeiter-Sport

Achtung, Arbeitersportler!

Am Sonntag, dem 21. Februar, findet ein Propaganda-Umzug der Arbeitersportler von Halle statt. Alle Sportvereine sind verpflichtet, eine Gruppe von neun Mann zur Verfügung zu stellen, falls es das Wetter erlaubt, im Dreß. Der Zug bewegt sich durch folgende Straßen: Ab Thomas, Boelckestraße, Dessauer Straße, Wielandstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Bernburger Straße, Hermannstraße, von da nach dem Thielenplatz. Antreten 11 Uhr. Abmarsch ½ 12 Uhr. Ferner haben sich einige Sportler um ½9 Uhr auf dem Thielenplatz einzufinden für Plakattragen. Musik: Spielmannszug der Fichte.

HFC. Sportlust 07. **Arbeiter-Sportkartell Halle.**
J. A.: K. Oertel.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Jugendgruppe Halle

Gruppenabend heute, Dienstag, fällt aus, dafür **Beteiligung an der Protestkundgebung im „Volkspark".**
Mittwoch, 17. Februar, Ortsgruppenversammlung ½8 Uhr Jugendherberge.
Sonntag, 21. Februar, Fahrt nach der Teufelsküche. Treffen 8 Uhr Hallmarkt.
Dienstag, 23. Februar, Jugendgruppenversammlung.

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Die für heute abend angesetzten Gruppenveranstaltungen fallen aus. Wir beteiligen uns restlos an der Protestkundgebung im „Volkspark".

Verantwortlich: Otto Kilian, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: I. V.: Wilhelm Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die dritte Februar-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. **Der Verlag.**

Die sparsame Hausfrau verwendet MAGGI^s Würze,

denn sie weiß, daß es nur weniger Tropfen bedarf, um dünnen Suppen, Fleischbrühe, Gemüsen und Soßen sofort einen kräftigen Wohlgeschmack zu geben. — Vorteilhaftester Bezug in großen, plombierten Originalflaschen zu RM 6,50

— Man verlange ausdrücklich MAGGIs Würze

362

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0007

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zellengruppe 13 (früherer Distrikt 4). Mittwoch abend 7 Uhr bei Rappika Versammlung. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Zschernddorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 16. Februar, abds. 8 Uhr, im Lokal Troitzsch. Alles muß erscheinen, da wichtige Tagesordnung vorliegt.
Delitzsch. Sitzung der Gewerkschaftsabteilung Mittwoch, 17. Februar, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof" (Lange Stube). Erscheinen aller Genossen erforderlich.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Parteiarbeiterkonferenz Donnerstag, 18. Februar, abends 7½ Uhr, in der „Quelle". An der Konferenz sind verpflichtet teilzunehmen sämtliche Funktionäre der Ortsgruppen Elsterwerda, Biehla, Krauschütz, Prösen, Tröbeln, Stolzenhain und Hohenleipisch. Sehr wichtige Tagesordnung. Referent ist anwesend.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Versammlungen der Roten Hilfe

Weißenfels. Dienstag, 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Mitgliederversammlung.
Diemitz. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Funktionärsitzung.
Torgau. Freitag, 19. Februar, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke" Mitgliederversammlung.
Delitzsch. Freitag, 19. Februar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lindenhof".
Halle. Freitag, 19. Februar, 8 Uhr, Produktiv-Genossenschaft Mitgliederversammlung.
Alsleben. Sonnabend, 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Leimkorn Mitgliederversammlung.
Bruckdorf. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr im Gasthof große Funktionärsitzung.

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Heute Teilnahme der gesamten Organisation an der Jugend-Kundgebung ½8 Uhr im „Volkspark".
Mittwoch Abrechnung der Zehnerführer von 6 bis 8 Uhr im Jugendsekretariat. Rechnet die Karten zum Roten Rummel ab.
Gruppe Nord. Alle Genossen, die sich verpflichtet haben, an der Herausgabe der Wandzeitung (Redaktion und Verwaltung) mitzuwirken, treffen sich ¾7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.
½8 Uhr Dramatischer Zirkel in der Produktiv-Genossenschaft.
Donnerstag Alle Mitwirkende des Roten Rummels sowie alle Musikspieler treffen sich pünktlich ½8 Uhr im „Volkspark" zur Generalprobe, jeder Beteiligte hat zu erscheinen.
Freitag ½8 Uhr im kleinen Saale des „Volkspark" öffentliche Veranstaltung. Restlose Teilnahme der Mitglieder ist Pflicht. Karten sind bei allen Funktionären zum Preise von 30 Pfennigen zu haben.
Ammendorf. Dienstag, 16. Februar, Gruppenabend in der „Post" (Reichstagssitzung).
Modelwitz. Mittwoch, 17. Februar, Unterhaltungs- und Liederabend.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Dienstag, 16 Februar, abends 8 Uhr, im Jugendheim Diskussionsabend. Donnerstag, 18. Februar, Funktionärsitzung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 16. Februar, und Freitag, 19. Februar, Probe.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 17. Februar, abends ½8 Uhr, Sammeln am „Lindenhof" zum kleinen Ausmarsch, da kein Zimmer frei ist. Alle Genossen und Genossinnen sind verpflichtet, teilzunehmen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film: Sein Mahnruf!

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Karteischeine sind sofort einzusenden.

Ortsgruppe Halle

Geschlossener Spielmannszug. Dienstag, 16. Februar, abends ½8 Uhr, [illegible] park" Uebungsstunde.
Abteilung 2. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr in der „Schützei" Abteilungs[illegible]
Spielmannszug. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, „Volkspark", [illegible] und Appell.
Ortsvorstand. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" [illegible]
Musikkapelle. Mittwoch, 17. Februar, pünktlich abends 7½ Uhr, in der [illegible] Versammlung, anschließend Probe.
Fahrscheine für die Fahrt nach Teutschenthal sind zum Preise von 75 Pfennig[illegible] den zuständigen Bezirksführern zu haben. Schluß der Geldeinzahlung [illegible]

Jungfront

Fahrscheine nach Teutschenthal bei den Abteilungsführern.
Bezirk 3 (Westen). Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Zecher" [illegible] pflichtversammlung.
Abteilung 16 und 18. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im „[illegible] Abteilungsversammlung.
Bezirk 5 (Zentrum). Donnerstag, 18. Februar, abends 8 Uhr, in der [illegible] Bezirkspflichtversammlung.
Bezirk 2 (Süden). Donnerstag, 18. Februar, abends 8 Uhr, bei [illegible] Bezirkspflichtversammlung.

Untergau Saalkreis

Lettin. Mittwoch, 17. Februar, Mitgliederversammlung.
Arbeitsgebiet Dölau. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, in Lettin [illegible]versammlung. Vorstandsmitglieder eine halbe Stunde früher.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 18. Februar, Pflichtversammlung.
Zörbig. Donnerstag, 18. Februar, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im [illegible]

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Freudenberg [illegible]versammlung. Spielmannszug jeden Dienstag und Freitag Ueben.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Singeabend. Liederbücher usw. mitbringen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 17. Februar, abends 8 Uhr, in der Herberge Singestunde, [illegible] gleichen Funktionär- und Vorstandssitzung. Gruppenführer abrechnen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der [illegible] CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut [illegible]schluß einer großen Funktionärsitzung aus [illegible] Organisation aus

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Carl Saatz, Halle a. d. S.
Drogerie Rannischestr. 6 Parfümerie
empfiehlt
Toilette-Artikel, Kölnische Wasser, Parfüms
Seifen, Besen und Bürstenwaren

Herren- und Knaben-Kleidung, Arbeits-Kleidung
für alle Berufe, kauft man billig und doch gut im
Bekleidungshaus
66 **Johann Heun** 66
Leipziger Straße
1 Minute vom Riebeckplatz

Wilhelm Janßen, Liebenauer Straße 162
Bettfedern, grau 3,50 2,50 1,35
Bettfedern, weiß, Halbdaunen und Schleiß 8,25 7,00 5,80
Ia. weiße Daunen .... 15,00, graue 8,75
Inletts, echt rot und federdicht
Bettbezüge mit 2 Kissen, fertig, von 6,90 an

TRUW THORRADURAN BROT — Hergestellt mit radioaktiven Nährsalzen
Fühlst Du Dich müde und erschlafft
Dann gibt Dir Truw-Brot neue Kraft

Fahrräder
Eigene Zusammensetzung
Verkaufspreis sehr niedrig
Weitgehendste Teilzahlung
Reparaturen schnell und billig
E. Kilian, Halle a. S.
Große Brunnenstraße 15

Farben, Lacke, Pinsel, Rüg. Kreide
Sichelleim
Maler Sonder-Rabatt
Halloren-Drogerie
Hallorenstraße 4

Max Altermann Halle a. d. Saale Bernburger Straße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel vom einfachsten bis zum elegantesten
Gewissenhafte Bedienung

Vogels Gastwirtschaft
Halle-Trotha
empfiehlt seinen kräftigen
Mittagstisch

Hallesche Beerdigungsanstalt
„Pietät"
Inhaber: M. Burkel
Kl. Steinstr. 4. Telephon 6[illegible]

Wersichs
Adler-Kaffee-Mischung (Ges. geschützt)
wohlschmeckend und bekömmlich
½ Pfund 60 Pf.
Aug. Wersich, Kellnerstr. 10a

Nähmaschinen Fahrräder
Reparaturen aller Art billigst
Herm. Oettler, Fahrradhdlg.
Reideburg, Zwebendorfer Str.

Fahrräder
neue und gebrauchte, in großer Auswahl,
Ersatzteile, Reparaturen
Emaillieren u. Vernickeln
Th. Baumann
Mechanikermeister
Halle a. d. S., Krausenstr. 12

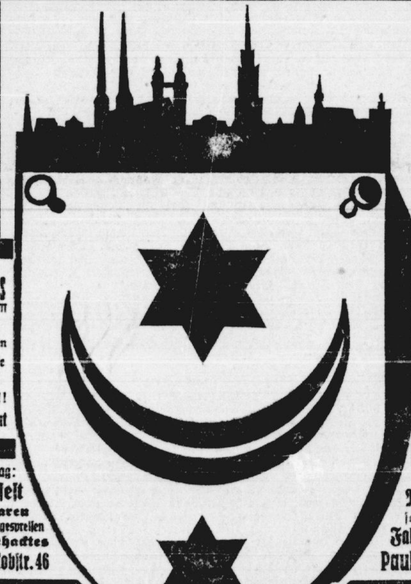
Restaurant u. Speisehaus
Mittelstraße 18
empfiehlt sich den werten Gästen
Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt
Täglich musikalische Unterhaltung!!
Mittagstisch preiswert und gut

Farben, Lacke Firnisse, Pinsel Sämereien, Seifen
sowie sämtl. Wasch-Artikel
Barbara-Drogerie
Alfred Knöfler
Halle a. d. S., Merseburger Str. 104

Bettfedern
Pfund von Mk. 1,40 an
Inlett-Stoffe
federdicht und farbecht
kauft man billig und gut bei
Kress & Co., Pfännershöhe 4
Bettfedern-Reinigungs-Maschine mit elektr. Antrieb u. Dampf

Fahrräder Mercedes, Schladitz Opel und andere erstklassige Marken
sowie sämtliche Ersatzteile
Reparaturen prompt und preiswert
Kurt Bley Landsberger Str. 60 Lud.-Wucherer Str. 43

Jeden Dienstag und Freitag:
Groß. Schlachtefest
Diverse Wurstwaren
in bekannt. Güte zu billig. Tagespreisen
Täglich frisches Gehacktes
Richard Becker, Jakobstr. 46



Erstklassige
Marken-Fahrräder
sowie Reparaturen an
Fahr- und Motorrädern
Paul Probst, Halle-Trotha

Stempel-Pfautsch
Halle/S.
Nikolaistr. 6
Fernruf: 3668

Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel
Haushalt- u. Wäscheartikel
Bruno Pretzsch
Halle-S., Moritzzwinger 1
Fernsprecher 5356

Groß-Roßschlächterei **Karl Böhlert**
Ammendorf Hauptstr. 28 Telephon 29 — Halle a. d. S. Oleariusstr. 3 Telephon 3933
empfiehlt:
Prima Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte zu billigen Preisen
Warme Würstchen zu jed. Tageszeit

anerkannt billig
Albert Gerstemann
Alter Markt 3 Telephon 5008
Musterkarten stehen zur Verfügung

Auf Kredit
Alle Arten Einzelmöbel, Federbetten, Gardinen, Korbmöbel, Anzüge, Mäntel
Kleine Teilzahlungen
N. Fuchs, Halle a. S.
Große Ulrichstraße 58, I., II. III. Etage

Roßschlächterei M. Zaubitzer
Steinweg 52
empfiehlt ständig
Prima fettes Roßfleisch u. bekannte gute Wurstwaren
Täglich warme Brühwurst u. frisches Gehacktes
Im Restaurant:
Gute Biere u. täglich warme Speisen

Kaufhaus Steinweg 36
Inhaber: M. Kratzer
Dort kaufen Sie gut und billig
Weiß- und Wollwaren

Ihr sollt bei **SOBEL** kaufen, weil er billig ist

Fahrräder Triumph Panther Brenna[illegible] [illegible]
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Zahlungserleichterungen
Paul Krause, Kl. Ulrichstr. 1[illegible]

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle a. d. S., Krukenbergstraße 7
Telephon 5920
Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungs-Vereins

Inserate
haben im
Geschäftsanzeiger
besten Erfolg

Decken Sie Ihren Bedarf
in Leinen- und Baumwollwaren, fertiger Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Woll- und Waschkleiderstoffen nur im
Schlesischen Leinenlager
Inhaber: Wilhelm Heun
Ludwig-Wucherer-Straße 87 (Nähe Walhalla)
Für Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle

O. Kohla
Orthopädische Schuhmacherei
Friedrichstraße 68
gegenüber Stadttheater

Zigaretten
Zigarren, Tabak
Otto Much[illegible]
Großhandlung
Lerchenfeldstr. 12 Tel. [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260216-15/fragment/page=0008